



Jugendbeteiligung in ländlichen Räumen:
das Format Vorschlags-Expedition
bei Bürgerbudgets und sein Kontext

Inklusive
JUBU-Spiele
zum Thema
Demokratie

Jugendbeteiligung in ländlichen Räumen:
das Format Vorschlags-Expedition
bei Bürgerbudgets und sein Kontext

JUBU-Reihe - Band 4

Impressum

Herausgeber | mitMachen e. V., JUBU - Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets

Benkertstraße 13, 14467 Potsdam, T: 0331 231 49 270

Herausgeber*innen | Carsten Herzberg, Katrin Wolschke, Wolfgang Rose

Foto auf dem Umschlag: Pavillon in Nuthetal, @ JUBU

Korrektorat | Susanne Hofsäss-Kusche

Satz und Gestaltung | Burkhard Felies

Druck: dieUmweltdruckerei 2023

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Bestellung der Printausgabe (kostenlos): kontakt@jugend-budget.de

Diesen Band finden Sie auch auf der Homepage www.jugend-budget.de/jubu-buchreihe/

ISBN 978-3-9822686-8-2



Wir danken unseren Förderern:

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**



Robert Bosch
Stiftung



Landespräventionsrat
Brandenburg



Landeshauptstadt
Potsdam

Inhalt

Ländliche Räume als Chance für mehr Jugendbeteiligung	4
Hintergründe	6
Zitate aus dem Inhalt	6
Jugendgerechtes Land? Ein Blick auf Beteiligung und Teilhabe junger Menschen in ländlichen Räumen	
Tilman Kallenbach, Franziska Imhoff, Rita Braches-Chyrek und Andreas Kallert Otto-Friedrich-Universität Bamberg	8
„Kommunikation ist alles“	
Gespräch mit Juliane Lang Partnerschaft für Demokratie, Landkreis Oberhavel ...	16
Das Format „Vorschlags-Expedition“	
Carsten Herzberg und Martina Rumpel Projekt JUBU	24
Einführung	24
Demokratischer Zyklus als Handlungsrahmen	25
Entstehung des Bürgerbudgets in Nuthetal (dort „Bürgerhaushalt“ genannt)	
Gespräch mit Stephan Ranz Fachbereich Finanzen, Nuthetal	27
Auf Expedition in Nuthetal	30
Was ist, wenn es nicht klappt?	38
Reflexion & Handlungsempfehlungen	41
„Wir werden hier noch zwanzig Jahre leben!“	
Gespräch mit Jana Beeskow und Sarah Schlüfter Jugendliche aus Nuthetal	41
Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine wirksame Jugendbeteiligung	
Gespräch mit Jana Köstel Jugendkoordination, Nuthetal	47
Was können Verwaltungen zur Erleichterung der Jugendbeteiligung tun?	
Katrin Wolschke Projekt JUBU	52
Vorschläge junger Menschen zur Verbesserung von Bürgerbudgets	
Jugendliche aus dem Land Brandenburg	57
JUBU-Spiele	58
Planspiel „Das Spielower Bürgerbudget“	58
Demokratie-Rate-Puzzle	62
Dein Schätzspiel für Bürgerbudgets	65

Ländliche Räume als Chance für mehr Jugendbeteiligung

In einem Ortsteil der Gemeinde Nuthetal wurde auf einer Ideenwerkstatt der Vorschlag eines Pavillons als Treffpunkt für die Jugend aufgegriffen. Durch die anschließende Einreichung als Vorschlag im Bürgerbudget sollte in einem demokratischen Beschlussprozess der Gemeinde darüber entschieden werden. Die jungen Menschen haben erfolgreich eine eigene „Werbekampagne“ gestartet. Ihr Vorschlag gelangte beim „Tag der Entscheidung“ auf den zweiten Platz und erhielt eine Finanzierung aus dem Bürgerbudget.

Das JUBU-Team hat die jungen Menschen begleitet und aus den Erfahrungen vor Ort das Format „Vorschlags-Expedition“ entwickelt. Es handelt sich um ein freies Format, das von pädagogischen Fachkräften der Offenen Jugendarbeit mit unterschiedlichen Methoden umgesetzt werden kann. Wir wollen mit dem vorliegenden Band pädagogischen Fachkräften Anregungen geben, junge Menschen bei der Teilnahme am Bürgerbudget zu begleiten.

In keinem Bundesland gibt es so viele Bürgerbudgets wie in Brandenburg (siehe Karte Seite 5). Viele von ihnen haben Ortsteile in ländlichen Räumen. Gleichzeitig bietet der § 18a der Kommunalverfassung wichtige Impulse für eine Beteiligung junger Menschen. Eine Beteiligung bei Bürgerbudgets ist oft ab zwölf oder 14 Jahren möglich. Doch wissen junge Menschen oft nichts davon. Dies möchten wir ändern!

JUBU-Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets ist ein Projekt des mitMachen e. V. und im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesfamilienministeriums verankert. Wir sehen Bürgerbudgets als Lern- und Erfahrungsort für Demokratie. Aus diesem Grund entwickeln wir pädagogische Formate und Materialien. Eine proaktive Demokratiewerkstatt verstehen wir als eine wichtige Säule zur Stärkung demokratischer Resilienz in der Gesellschaft.

Dieser Band ist so aufgebaut, dass wir zunächst in den Hintergrund der Jugendbeteiligung anhand eines Fachartikels von Kolleg*innen der Universität Bamberg und eines Interviews mit einer Koordinatorin einer Partnerschaft für lokale Demokratie einführen. Im Hauptteil stellen wir das JUBU-Format „Vorschlags-Expedition“ vor. In der anschließenden „Reflexion“ kommen u. a. junge Menschen und die Kinder- und Jugendkoordinatorin aus Nuthetal zu Wort. Ebenso möchten wir hier auf Handlungsmöglichkeiten der Verwaltung hinweisen. Im vierten Teil stellen wir Spiele für eine Demokratiewerkstatt vor, die zum Teil auch außerhalb von Bürgerbudgets genutzt werden können.

Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre!

Team JUBU

Hintergründe

Zitate aus dem Inhalt



„Die Kids [...] wissen in der Regel, was sie wollen, und sie gehen meist auch sehr kritisch mit ihren eigenen Forderungen um – was deren Realisierbarkeit betrifft. Das Problem sind die ‚Erwachsenenstrukturen‘, die sich zwar gern mit Beteiligungsprozessen schmücken, die aber letztendlich unverbindliche Befragungen bleiben.“

Juliane Lang,
Koordinierungs- und Fachstelle der „Partnerschaft für Demokratie“ im Landkreis Oberhavel, Kreisjugendring Oberhavel e. V.

„Der Zeitfaktor spielt bei derartigen Vorhaben mit Jugendlichen eine nicht zu unterschätzende Rolle.

[...] Auch die Lebenswelten von Jugendlichen ändern sich schnell und damit einhergehend ihre Interessen. Gerade im ländlichen Raum ist außerdem davon auszugehen, dass Projektbeteiligte nach dem Schulabschluss nicht vor Ort wohnen bleiben, sondern im Rahmen von Berufsausbildung oder Studium wegziehen werden.“



Katrin Wolschke,
Projekt JUBU

„Es war für uns ziemlich wichtig, an dem Prozess beteiligt zu sein und sagen zu können, was uns Jugendlichen wichtig ist und wie wir uns den Jugend-Treffpunkt vorstellen – stellvertretend für die Jugendlichen, die den Pavillon in Saarmund nutzen werden.“

Jana Beeskow,
Schülerin, Mitglied der Freiwilligen Jugendfeuerwehr in Saarmund, Nuthetal



„Hinsichtlich einer politischen Jugendbeteiligung wäre eine Schlussfolgerung, dass hinsichtlich der Vielfalt der Jugendkulturen und ihrer Bedürfnisse entsprechende unterschiedliche Angebote der politischen Mitwirkung zu unterbreiten wären.“

Tillmann Kallenbach,
Universität Bamberg

„Uns ging es auch darum, die Jugendlichen aus den Bushaltestellen zu holen. Oft gibt es Beschwerden von den Anwohner*innen [...]. Wenn es zu laut wird, ist das natürlich auch verständlich. Deshalb haben wir eigentlich gar nicht an einen so zentralen Ort gedacht, wie den, wo der Pavillon jetzt hinkommen wird.“

Sarah Schlüfter,
Auszubildende, Mitglied des Jugendparlaments und des Kinder- und Jugendbeirats in Nuthetal



Jugendgerechtes Land? Ein Blick auf Beteiligung und Teilhabe junger Menschen in ländlichen Räumen

Tilman Kallenbach, Franziska Imhoff, Rita Braches-Chyrek und Andreas Kallert

Beteiligung ist in den letzten Jahren nicht nur in der Jugendarbeit zu einem der bestimmenden Schlagworte geworden (Munsch/Müller 2020), so dass nicht selten der Eindruck entsteht, es handle sich bei den entsprechenden Programmen und Konzepten um eine besonders zeitgemäße Form der Jugendarbeit. Dabei geraten in der Regel zwei Aspekte aus dem Blick: Erstens geht es der Jugendarbeit – gerade der verbandlichen – ihrem historischen und fachlichen Selbstverständnis nach um Selbstorganisation und aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Faulde 2022). Zweitens bleiben Ziel und Gegenstand dieser Beteiligung oftmals recht unbestimmt.

Der vorliegende Band thematisiert die politische Beteiligung Jugendlicher in ländlichen Räumen mittels Bürgerbudgets und fokussiert entsprechend auf eine Teilhabe am kommunalen Gemeinwesen. Wird diese Beteiligung von den meisten Erwachsenen vorrangig über das Wahlrecht realisiert, gibt es in den vergangenen Jahren in Reaktion auf Krisen der Demokratie genauso wie auf Diagnosen einer (re-)politisierten Jugend immer mehr Programme und Projekte, die Beteiligung auch für Kinder und Jugendliche realisieren wollen. Über die UN-Kinderrechtskonvention, das SGB VIII und verschiedene Landesgesetzgebungen hinsichtlich des kommunalen Wahlrechts finden sich dafür rechtliche Grundlagen, die beispielsweise in Brandenburg im § 18a der Kommunalverfassung näher ausgestaltet werden (Grebe 2022).

Die folgende Skizzierung entstand im Rahmen des vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft geförderten Forschungsprojekts DIYhoch3, das sich mit selbstorganisierter Jugendkultur in ländlichen Räumen auseinandersetzt. Im Rahmen der nachfolgenden Überlegungen werden aktuelle Debatten um Beteiligung und Jugendarbeit in ländlichen Räumen entsprechend vor dem Hintergrund jugendkulturell aktiver Gruppen reflektiert.

Kommunalpolitische Rahmenbedingungen in ländlichen Räumen

Dass es den ländlichen Raum als solchen nicht gibt, hat sich zu einer zentralen Figur aktueller Debatten entwickelt – zu unterschiedlich sind die Gemeinden und (Klein-)Städte, die sich jenseits urbaner Zentren finden lassen. Vielfach wird daher von einer ko-konstitutiven Herstellung von Ländlichkeit gesprochen, die folgenreich für das Selbstbild der Kommunen und der sie bewohnenden Menschen ist (Redepenning 2022).

Gleichzeitig finden sich aber doch Merkmale, die besonders für Jugendarbeit und Kommunalpolitik von Bedeutung sind: Ländliche Räume sind nicht zuletzt geprägt von kleineren und überschaubareren Gemeinwesen. Sie unterscheiden sich schon administrativ insofern von Städten, als dass sie über zwei Ebenen – der Gemeinde und des Landkreises – mit jeweils eigenen Verwaltungen und gewählten Vertretungen verfügen. Die Politik in diesen beiden Ebenen wird bis auf wenige Ausnahmen als Ehrenamt und nebenberuflich betrieben. Zusätzlich ist der Handlungsspielraum der Gremien oft limitiert und auf die Abarbeitung von Pflichtaufgaben beschränkt (Henkel 2020). Für eine inklusive, jugendgerechte und gestaltende, partizipativ ausgerichtete Kommunalpolitik ist dies eine problematische Ausgangslage. Verstärkt wird dieser Umstand durch den Wettbewerb der Kommunen untereinander, in dem vor allem strukturstarke Kommunen gewinnen und es so zu einer weiteren Verschlechterung der Handlungsfähigkeit vor allem kleinerer, strukturschwacher Kommunen kommt (Dudek 2021). Im Zentrum dieses Wettbewerbs stehen dabei die ökonomischen Rahmenbedingungen für Unternehmen und weniger die Herstellung attraktiver Gestaltungsorte (z. B. Jugendzentren, Dorfgemeinschaftshäuser) für ihre Bewohner*innen.

Besonders in finanzschwachen Kommunen wird relevant, welche Aufgaben als freiwillig und welche als Pflichtaufgaben gelten. Vor allem die Förderung von Kunst und Kultur, aber auch viele weitere Aufgaben, die besonders junge Menschen betreffen (z. B. Sport oder Mobilität), werden oft als freiwillige Aufgaben interpretiert. Die Jugendarbeit im Sinne des § 11 des SGB VIII selbst nimmt eine besondere Stellung ein, ist sie doch gerade keine freiwillige Aufgabe, aber eben auch kein individuell einklagbares Recht. In dieser schwierigen Konstellation kürzen Kommunen, die sich in Haushaltskonsolidierung befinden, notgedrungen oftmals jugendkulturelle Angebote und Zuschüsse (Kallert/Dudek 2019), die sie explizit als kommunale Jugendarbeit verstehen – mit der Folge reduzierter Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche vor Ort. Die lokale Zuständigkeit und Umsetzung dieser Jugendarbeit werden in den Anwendungsgesetzen der Sozialgesetze und in den Gemeindeordnungen der Länder näher bestimmt (Faulde 2022). Hier ergeben sich föderalismusbedingt zwischen den Ländern deutliche Unterschiede, aber auch zwischen den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten herrscht eine große Vielfalt, die ihrerseits jedoch eine Anpassung an die lokalen Gegebenheiten ermöglicht.

Aus dieser relativen Schwäche der ländlichen Kommunen resultiert in Zeiten der Transformation des Sozialstaats mit dem Fokus auf Fördern und Fordern, dass die öffentliche Hand jenseits der Metropolen noch sehr viel mehr auf andere Akteure angewiesen ist, um die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge zu realisieren (Boemke et al. 2023). Claudia Neu (2018) spricht in diesem Zusammenhang von einer Akteurstrias der neuen Dörflichkeit, die Politik und Verwaltung sowie die Akteure der Zivilgesellschaft und der lokalen Wirtschaft umfasst. Teilhabe und Beteiligung wandeln sich damit zur Bedingung für den Fortbestand der kommunalen Gemeinwesen. Bewohner*innen werden so im Sinne einer post-wahlfahrtsstaatlichen Aktivierungspolitik nicht selten für die Übernahme vormals staatlicher Aufgaben in die Pflicht genommen. Die zentrale Stellung der verbandlichen Jugendarbeit in ländlichen Räumen bildet diese Konstellation mustergültig ab.

Jugendpolitik in ländlichen Räumen

Neben dem Schlagwort der gleichwertigen Lebensverhältnisse, das die Diskussion um die (ungleiche) Entwicklung ländlicher Räume in den vergangenen Jahren geprägt hat, gibt es zusätzlich eine Debatte um eine eigenständige Jugendpolitik, die die spezifischen Lebenslagen und Bedarfe Jugendlicher und junger Menschen in den Blick nimmt. Fragen des Wohnens, der Mobilität, Freizeitangebote und Freiräume, der Digitalisierung und beruflichen Perspektiven sind aus Sicht junger Menschen anders zu bewerten als für eine alternde Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass eine gelingende Jugendpolitik auf kommunaler Ebene nicht zuletzt auf folgende Faktoren abzustellen ist:

- erstens eine Haltung innerhalb der Kommune, die Jugendlichen im Ort zugewandt ist und Jugendgerechtigkeit als gemeinsame Aufgabe wahrnimmt,
- zweitens ein unkompliziertes ressortübergreifendes Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Jugend auf Augenhöhe unabhängig von bestehenden Konfliktlagen sowie
- drittens eine starke Jugendarbeit, die als Vermittlerin, Beraterin und Moderatorin, aber auch als parteiergreifende Instanz auftritt, ohne dabei mögliche Konflikte zu scheuen (Grebe et al. 2020).

Für viele ländliche Räume sind zudem Fragen der demografischen Entwicklung zentral und so fokussiert sich Jugendpolitik in ländlichen Räumen nicht selten auf die Vermeidung von Wegzug oder die Anbahnung einer Rückkehr. Das Deutsche Jugendinstitut konnte in diesem Zusammenhang deutliche Hinweise herausarbeiten, wonach in dieser Angelegenheit neben Faktoren wie der wirtschaftlichen Lage und der Infrastruktur auch Fragen der kommunalen Jugendbeteiligung eine wichtige Rolle spielen (Tillmann 2018).

Dabei ist es gerade für eine zeitgemäße Jugendarbeit vonnöten, nicht bei einer Demografisierung der Debatte stehen zu bleiben. Auch jenseits urbaner Zentren finden sich Jugendlichen, die sich durch eine bemerkenswerte Unterschiedlichkeit hinsichtlich ihrer sexuellen Orientierung, Gender, Migrations- oder Fluchterfahrung, Milieuzugehörigkeit, Armut, Alter, Behinderung und anderer Differenzkategorien auszeichnen. Damit einher geht eine Aufforderung an Jugendarbeit, „ihre Einrichtungen, Angebote und Konzepte so zu gestalten, dass diese auf die lebensweltliche Vielfalt der Besucher*innen abgestimmt sind und Diskriminierungen gemindert werden können“ (Beck/Plöber 2021, S. 280). Gerade die jüngsten Fokussierungen des SGB VIII in Inklusionsfragen und die (Flucht-)Migrationsbewegungen des letzten Jahrzehnts haben in dieser Frage noch einmal einen deutlichen Handlungsbedarf sichtbar gemacht, auch wenn die Debatte bereits seit den 1970er Jahren geführt wird (Scherr 2020).

Das bedeutet in der Praxis aber ebenso, dass es mit einem Jugendraum im Ort gerade nicht getan sein kann – eine Herausforderung, die in dörflichen Strukturen, zumal in finanz- und strukturschwachen Räumen, besonders groß ist. Vor allem Beteiligungsformate, die auf Mehrheitsentscheidungen abstellen, können geeignet sein, einen Mangel zu legitimieren und „widerständiges Potential zu brechen oder zumindest zu dämpfen“ (Vollmer/Elbet i Elias 2022, S. 21). Es stellt sich mithin die Frage nach der Ausgestaltung demokratischer Prozesse vor Ort und der Berücksichtigung schwacher Interessen. Dass diese Aufgabe – insbesondere in Zeiten von Sparzwängen und wachsenden räumlichen Disparitäten – nicht allein von den lokalen Akteuren zu bewältigen ist, verdeutlicht die Notwendigkeit, gesamtgesellschaftliche Strukturen zu schaffen, die alle weiteren Ebenen – Länder, Bund und die EU – in die Pflicht nehmen.

Jugendkulturen und -szenen

Jugendkulturen und -szenen bestehen auf Grund geteilter Interessen und Themen ihrer Mitglieder, die durchaus auch in einem Spannungsverhältnis zu der sie umgebenden Umwelt stehen können. Nicht zuletzt ermöglicht die Digitalisierung eine globale Vernetzung und eine post-digitale Szenepaxis, die die Räume und Praxen der verschiedenen Szenen prägen. Jugendkulturen sind zudem heute oft keine exklusiven Zusammenschlüsse mehr, weisen ein erhöhtes Maß an Flüchtigkeit auf und sprechen häufig eine sehr altersheterogene Gruppe an (Böder et al. 2019).

Was bedeutet das in der Praxis? Junge Menschen haben heute eine nahezu unbegrenzte Auswahl unterschiedlichster Stile und Aktivitäten, aus denen sie sich eine für sie passende Kombination auswählen können. Die weiterhin bestehende Relevanz lokaler Peers wird dabei in Teilen durch digitale Plattformen relativiert. Der Bedarf an physischen Übungs-, Treff- und Präsentationsräumen bleibt aber lokal bestehen und spricht

oft einen erweiterten räumlichen Einzugsbereich an. Skateparks, Pumptracks, Festivals oder Konzerte sind zudem mindestens potenziell Orte, an denen Menschen verschiedener Lebensalter ihre Freizeit verbringen und ihren Hobbys nachgehen – und dies nicht selten in digitalen Räumen weit außerhalb ihrer lokalen Gestaltungsräume kommunizieren. An den Kommunen und der Jugendarbeit wiederum liegt es, dafür Gelegenheitsräume zu schaffen, die sich die jungen Menschen selbst aneignen und gestalten können, um somit die eigensinnige Aneignung bestehender Räume zuzulassen oder zu ermöglichen (Mey 2020).

Bezogen auf eine politische Jugendbeteiligung wäre eine Schlussfolgerung, dass hinsichtlich der Vielfalt der Jugendkulturen und ihrer Bedürfnisse entsprechende unterschiedliche Angebote der politischen Mitwirkung zu unterbreiten wären. Das heißt, neben formalen und institutionellen Formen wie z. B. Jugendbeiräten, wäre projektbezogene Beteiligung ebenso mitzudenken wie die Unterstützung informeller Gruppen, die sich mit ihren Anliegen in das Gemeinwesen einbringen können.

Digitale Orte und Nachbargemeinden

Die Relevanz digitaler Räume ist in diesem Beitrag bereits deutlich geworden und wird in der aktuellen Debatte um Jugenden unter dem Schlagwort post-digitaler Jugend diskutiert. Bezeichnet wird so eine Entwicklung, die die dauerhafte Anwesenheit digitaler Medien in alltäglichen Lebensvollzügen reflektiert (Jörissen et al. 2020). Diese Medien haben entsprechend Jugendkulturen, aber auch das Aufwachsen junger Menschen generell verändert und sind geeignet, zu einer weiteren Entgrenzung von Jugend zu führen – mithin also den Offline-Raum zu relativieren (Tillmann 2020). Für eine kommunale Jugendarbeit, die auf ein Angebot für die Jugendlichen in der Gemeinde abstellt, ergibt diese Entwicklung organisatorisch und legitimatorisch eine große Aufgabe. Genauso problematisch sind Fragen der Beteiligung in diesen oftmals privatwirtschaftlich organisierten Räumen.

Obwohl es eine umfangreiche Nutzung digitaler Räume gibt, besteht gleichsam eine räumliche Herausforderung in der gewachsenen Mobilität(erwartung) junger Menschen. Diese ergibt sich z. B. durch die Ausdünnung von Bildungsinfrastrukturen oder weitläufigen Freundschafts- und Peernetzwerken, die besonders die ländlichen Räume kennzeichnen (Ludwig/Grunert 2019). Gerade für Partizipationsprogramme, die auf der kommunalen Ebene ansetzen, ist dies herausfordernd. Dabei stellt sich diese Frage natürlich nicht nur für die Jugendarbeit, sondern verweist auf eine grundsätzliche Fragestellung an die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Menschen, die große Teile ihres Alltags an Orten verbringen, die sie nicht mitgestalten können. Dieses Problem zeigt sich z. B. auch bei Bürgerbudgets: Wenn etwa nur Einwohner*innen abstimmungsberechtigt sind, können mitunter Schüler*innen an dem Ort, wo sie zur Schule gehen, nicht an der Abstimmung teilnehmen.

Fazit

In der vorangegangenen Argumentation wurden aktuelle Entwicklungen und Diskussionen rund um Jugendkulturen, Jugendarbeit und Jugend in ländlichen Räumen hinsichtlich Fragen der Beteiligung der Jugendlichen selbst dargelegt. Dabei wurden Herausforderungen und Demokratisierungspotenziale herausgearbeitet. Aus unserer Sicht kann das für die Jugendarbeit heute nur bedeuten, dass sie sich selbst in die Debatten um die Weiterentwicklung der Jugendarbeit einbringt – im fachlichen wie im politischen Kontext. In beiden Arenen ist eine geradezu strukturelle Vernachlässigung ländlicher Räume zu konstatieren. Daneben und fachlich zuallererst ist es die Aufgabe der Jugendarbeit, die Jugendlichen selbst zu befähigen, in die sie betreffenden Politiken zu intervenieren.

Programme und Projekte wie die hier im Band diskutierten Bürgerbudgets können dabei als geeignete und im Gegensatz zur kurzfristigen Förderlogik auf Dauer angelegte Ansätze angesehen werden, haben sie doch das Potenzial, tatsächlich etwas zu bewegen und in den demokratischen Prozess einzutauchen. Wichtig ist jedoch, dass die Bürgerbudgets nicht nur die Lücken vergangener Kürzungspolitikern füllen und somit über die reine Verwaltung von Mangel hinausgehen. Gleichsam ist die Jugendarbeit gut beraten, potenzielle Partizipationshürden und Ausschlüsse zu reflektieren und mit möglichen Misserfolgen bei den Abstimmungen produktiv umzugehen. Dazu gehört auch, die Programme in den Kontext post-wohlfahrtsstaatlicher Aktivierungspolitikern einzuordnen, die allzu oft Lücken in der Infrastruktur zu stopfen haben.

Weitere Infos zum Projekt DIYhoch3

<https://diyhoch3.de>

Adresse

Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Lehrstuhl Sozialpädagogik

Markusplatz 3

96045 Bamberg

Ansprechperson: Tilman Kallenbach

Mail: tilman.kallenbach@uni-bamberg.de

Literatur

- Beck, Iris/Plöber, Melanie (2021), Intersektionalität und Inklusion als Perspektiven auf die Adressat*innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, in: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt/von Schwanenflügel, Larissa/Schwerthelm, Moritz (Hg.), Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden, 279-293.
- Böder, Tim/Eisewicht, Paul/Mey, Günter/Pfaff, Nicolle (2019), Stilbildungen und Zugehörigkeit, in: dies. (Hg.) Stilbildungen und Zugehörigkeit. Materialität und Medialität in Jugendszenen, Wiesbaden, 1-19.
- Boemke, Laura/Haubner, Tine/Laufenberg, Mike (2023), Land am Rand. Solidarische Ökonomie statt neuer Gutsherrenschaft, in: LuXemburg, 1/23, 62-69.
- Dudek, Simon (2021), Die schleichende Krise strukturschwacher Kommunen. Zur Situation der Grundversorgung in ländlichen Räumen, in: PROKLA, 51(204), 417-433.
- Faulde, Joachim (2022), Bildungspotenziale der Kinder- und Jugendarbeit. Ein Leitfaden für Studium und Praxis sozialer Berufe, Weinheim.
- Grebe, Anna (2022), Wer beteiligt, wann, wie und warum? Von der UN-KRK zur kommunalen Jugendbeteiligung, in: sozialmagazin, 47(3-4), 83-89.
- Grebe, Anna/Rusche, Nils/Schulze, Heidi (2020), Jugendgerechte Gesellschaft auf dem Land? Zum Gelingen kommunaler Jugendpolitik, in: Faulde, Joachim/Grünhäuser, Florian/Schulte-Döinghaus, Sarah (Hg.), Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Regionalentwicklung als Chance für ein neues Profil, Weinheim, 50-59.
- Henkel, Gerhard (2020), Das Dorf im Wandel Zwischen Selbstverantwortung und fortgesetzter Entmündigung, in: Kröhnert, Steffen/Ningel, Rainer/Thomé, Peter (Hg.), Ortsentwicklung in ländlichen Räumen, Bern, 93-110.
- Jörissen, Benjamin/Schröder, Martha Karoline/Carnap, Anna (2020), Postdigitale Jugendkultur. Kerneergebnisse einer qualitativen Studie zu Transformationen ästhetischer und künstlerischer Praktiken, in: Timm, Susanne/Costa, Jana/Kühn, Claudia/Scheunpflug, Annette (Hg.), Kulturelle Bildung. Theoretische Perspektiven, methodologische Herausforderungen und empirische Befunde, Münster, 61-78.
- Kallert, Andreas/Dudek, Simon (2019), „Aktivieren statt Alimentieren“: Austerität als Paradigma ländlicher Entwicklung am Beispiel Bayern, in: Mießner, Michael/Neumann, Matthias (Hg.), Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformationen und lokale Herausforderungen, Münster, 177-193.
- Ludwig, Katja/Grunert, Cathleen (2020), Jugend im ländlichen Raum - Bedingungen des Aufwachsens und jugendliche Handlungspraxen im Kontext regionaler Disparitäten. in: Faulde, Joachim/Grünhäuser, Florian/Schulte-Döinghaus, Sarah (Hg.), Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Regionalentwicklung als Chance für ein neues Profil, Weinheim, 40-49.
- Mey, Günter (2020), Lebensrealitäten von Jugendlichen in ländlichen Regionen, in: Farin, Klaus & Mey, Günter (Hg.), Wir. Heimat - Land - Jugendkultur, Berlin, 20-34.
- Munsch, Chantal/Müller, Falko (2020), Jenseits der Intention. Ambivalenzen, Störungen und Ungleichheit mit Partizipation zusammendenken, in: Munsch, Chantal/Müller, Falko (Hg.), Jenseits der Intention - Ethnografische Einblicke in Praktiken der Partizipation, Weinheim, 10-36.

- Neu, Claudia (2018), Akteure der Neuen Dörflichkeit, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 66(2), 11-22.
- Redepenning, Marc (2022), Ländliche Räume beobachtet. Wie Wissenschaft und Planung Ländlichkeit erzeugen, in: Belina, Bernd/Kallert, Andreas/Mießner, Michael/Neumann, Matthias (Hg.), Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven, Bielefeld, 67-82.
- Scherr, Albert (2020), Was bedeutet Soziale Arbeit für ungleiche und heterogene Jugendlichen, was bedeuten ungleiche und heterogene Jugendlichen für die Soziale Arbeit?, in: Ritter, Bettina/Schmidt, Friederike (Hg.), Sozialpädagogische Kindheit(en) und Jugend(en), Weinheim, 74-93.
- Sturzenhecker, Benedikt/Deinet, Ulrich (2018), Kinder- und Jugendarbeit, in: Böllert, Karin (Hg.), Kompendium Kinder- und Jugendhilfe, Wiesbaden, 693-712.
- Tillmann, Angela (2020), Entgrenzte (Medien-)Welten. Veränderte sozial-räumliche Arrangements Jugendlicher und ihre Bedeutung für die Offene Kinder- und Jugendarbeit, in: Krisch, Richard/Schröder, Wolfgang (Hg.), Entgrenzte Jugend - Offene Jugendarbeit. ‚Jugend ermöglichen‘ im 21. Jahrhundert. Weinheim, 57-75.
- Tillmann, Frank (2018), Teilhabechancen von Jugendlichen in ländlichen Räumen. Eine indikatoren-gestützte Abbildung räumlicher Disparitäten, in: Stein, Margit/Scherak, Lukas (Hg.), Kompendium Jugend im ländlichen Raum, Bad Heilbrunn, 173-185.
- Vollmer, Lisa/Calbet i Elias, Laura (2022), Öffentliche Infrastrukturen als Ergebnis von Aushandlungsprozessen. Kommunale Kämpfe um mehr Teilhabe, in: Bürger & Staat 1(72), 19-24.

Interview

„Kommunikation ist alles“

Gespräch mit Juliane Lang | Landkreis Oberhavel (Brandenburg)



@ Eva Schönfeld

Juliane Lang arbeitet für die Koordinierungs- und Fachstelle der „Partnerschaft für Demokratie“ im Landkreis Oberhavel beim Kreisjugendring Oberhavel e. V. Die Partnerschaften für Demokratie sind ein Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Was Beteiligung im ländlichen Raum bedeutet, erläutert Juliane Lang aus Sicht der Praxis. Einen großen Schub politischer Beteiligung gab es mit der Einführung des § 18a in die Brandenburgische Kommunalverfassung. Doch Beteiligung muss auch ernst gemeint sein, damit sie Sinn macht. Außerdem muss es für junge Menschen eigene Strukturen der Beteiligung geben, die ihrem individuellen Lebensstil entsprechen. Hier knüpfen sowohl der Kreisjugendring als auch die Lokale Partnerschaft für Demokratie an.

Kannst du uns den Landkreis Oberhavel kurz vorstellen? Wie ist er räumlich nach Städten, Dörfern und sozialen Gegebenheiten aufgeteilt?

Der Landkreis, der übrigens in diesem Jahr sein 30. Jubiläum feiert, zieht sich vom Berliner „Speckgürtel“ bis an die Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern. Im Süden gibt es mehrere mittelgroße Städte, wie Hennigsdorf und Oranienburg, die Gegend ist relativ dicht besiedelt und industriell geprägt. Die Nähe zu Berlin ruft Identitätsfragen auf, wie etwa: „Sind die Orte dort nur Schlafstädte und das Leben spielt sich eigentlich in Berlin ab?“ Je weiter nördlich man kommt, wird die Gegend immer ländlicher, mit kleinen Städten wie Zehdenick, Liebenwalde und Fürstenberg, geprägt durch die Havel und den Übergang zur mecklenburgischen Seenplatte. In den letzten Jahren nimmt der Tourismus dort stark zu und die Frage der Identität stellt sich hier eher in dem Konflikt zwischen „Alteingesessenen“ und „Zugezogenen“. Wenn man das alles als „ländlichen Raum“ betrachtet, muss man also differenzieren. Man hat hoch spezialisierte Technologiestandorte einerseits und andererseits fast unberührte Natur. Auch die Wahrnehmung, was als „ländlich“ angesehen wird, unterscheidet sich. Für mich sind es z. B. die kleinen Städte im Norden, aber die Leute dort sehen sich wahrscheinlich nicht als „Landbewohner*innen“.

Könntest du noch ein Beispiel für die unterschiedliche Wahrnehmung von ländlichen Räumen geben?

Wir waren letztes Jahr in Bötzow, einem Ortsteil von Oberkrämer mit knapp 3.200 Einwohner*innen, um mit den Jugendlichen dort über Beteiligungsmöglichkeiten zu sprechen. Der Anlass, bei dem wir sie alle zusammen antrafen, war, dass sie einen Wagen für das Erntefest geschmückt haben. Für sie war das ein total wichtiges Event, wo sie ganz selbstverständlich dabei waren – für Stadt-Kids ist das wahrscheinlich etwas völlig Fremdes. Es gibt also nach wie vor spezifische Traditionen und kulturelle Praktiken, die einen Unterschied zwischen dem ländlichen Raum und dem urbanen Kontext markieren.

Stichwort: Jugendliche. Was bietet der Landkreis jungen Menschen?

Der Landkreis ist zunächst einmal breit aufgestellt: Alle gesetzlichen Leistungen im Bereich Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit werden von ihm erbracht, der Jugendförderplan umfasst 72 Seiten und wird regelmäßig aktualisiert. Über diesen wird beispielsweise auch der Kreisjugendring gefördert, was eher selten ist. Der Kreis bietet eigene Ferienfreizeiten an, was anderswo ebenfalls nicht sehr verbreitet ist. Es gibt die Kreismusikschule und die Kreisvolkshochschule, jeweils mit Standorten im nördlichen Kreisgebiet, an fast allen Schulen sind Sozialarbeiter*innen tätig, es gibt flächendeckend offene Jugendclubs und Jugend-

zimmer. Seit diesem Jahr gibt es eine App „Kennste“ speziell für Kinder und Jugendliche, die mit einer Blog-/Feedfunktion von Neuigkeiten aus dem Landkreis berichtet und in der sich die Einrichtungen und Beratungsangebote der Kinder- und Jugendarbeit vorstellen können und Veranstaltungen bewerben.

Dabei ist es den Jugendlichen wahrscheinlich egal, ob ein Angebot vom Landkreis kommt, von der Kommune oder einem freien Träger – wichtig ist, welche Möglichkeiten es vor Ort, in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld, gibt. Und da gibt's dann wieder die schon angesprochenen Unterschiede: In Oranienburg hast du ein ziemlich breites Spektrum mit Schwimmbad, Kletterhalle, Tierpark Germendorf usw., aber in den Gemeinden im Norden hast du ein Jugendzimmer, das du aber selten nutzen kannst, weil du einen großen Teil deiner Zeit im Schulbus verbringst.

Dann hast du natürlich noch typisch ländliche Vereinsstrukturen: Auch in Oberhavel sind das in der Regel der Fußballverein und die Freiwillige Feuerwehr, die oft sehr aktiv bei der Gestaltung des Dorflebens mitwirken, aber wenn du dich weder für Fußball noch für Brandschutz besonders interessierst ...

Was fehlt, sind kulturelle Angebote. Die Situation verbessert sich jetzt aber allmählich, weil zugezogene Künstler*innen zunehmend auch Projekte mit den jungen Menschen vor Ort realisieren. Aber gerade im Norden des Landkreises fehlt es noch immer an einem breiteren Spektrum kultureller Angebote, berichten die Sozialarbeiter*innen.

Für Jugendliche, die nicht zum „Mainstream“ gehören, ist einerseits der Rückzugsraum kleiner als in einer Großstadt und andererseits ist es für sie noch schwieriger, das passende Angebot für sich zu finden. Selbst in Hennigsdorf und Oranienburg wirst du beispielsweise, wenn du queer bist, eher nach Berlin geschickt, weil die Beratungsstrukturen dafür einfach nicht da sind.

@ Eva Schönfeld



Welche Möglichkeiten der politischen Jugendbeteiligung gibt es in Oberhavel auf Landkreisebene und in den Kommunen?

Seit Juni 2018, als der § 18a in die Brandenburgische Kommunalverfassung aufgenommen wurde, der eine Beteiligung von jungen Menschen bei kommunalen Angelegenheiten vorsieht, hat sich etwas bewegt. Der Landkreis hat daraufhin seine Hauptsatzung erweitert und die Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen sowie eine beauftragte Person für die Angelegenheiten von Kindern und Jugendlichen darin festgeschrieben. Eine eigene Beteiligungssatzung zu Formen der Beteiligung und den Aufgaben der beauftragten Person wurde im Januar 2022 beschlossen. Einen Kinder- und Jugendbeauftragten auf Kreisebene gibt es seit Oktober 2022. Zur Durchführung der Beteiligungsformate soll es zusätzlich ein festinstalliertes Kinder- und Jugendbüro geben.

Es gibt in manchen Kommunen Jugendbeiräte als Vertretungsorgane und auch wesentlich mehr kommunale Jugendbeauftragte. In Oranienburg wurde z. B. auf Initiative des Jugendbeirats ein neues Jugendcafé in der Innenstadt eröffnet. An dem Beteiligungsprozess zur Planung haben mehr als 100, vor allem junge Menschen teilgenommen. Das war ein großer Erfolg. In anderen Orten ist der Jugendbeirat dagegen weniger aktiv und auch das unterliegt immer wieder Schwankungen.

Bereits früher vorhandene Möglichkeiten der Jugendbeteiligung sind an den Schulen Schülervertretungen und in der Offenen Jugendarbeit Klubbeiräte. Was die Offene Jugendarbeit betrifft, sind die Unterschiede beim Grad der Mitgestaltung groß. In manchen Jugendklubs ist der Klubrat sehr aktiv, auch am Austausch mit anderen interessiert und nimmt beispielsweise an den regelmäßigen landesweiten Vernetzungstreffen im Jugendbildungszentrum Blossin im Landkreis Dahme-Spreewald teil. In anderen Klubs heißt Beteiligung zu entscheiden: „Gibt's heut Nudeln oder Pizza?“

Eine neue Entwicklung ist, dass jetzt auch die Sportverbände, die Feuerwehren und andere Organisationen eigene Jugendvertretungen einrichten, zuletzt hat der Kreisverband der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft einen Jugendvorstand gewählt.

Dann gibt's natürlich noch die Möglichkeit für Jugendliche, sich in den politischen Parteien zu engagieren, aber das ist wohl eher selten.

Der Kreisjugendring ist Träger des Projekts Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Oberhavel, das von dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert wird. Wie versucht ihr in diesem Rahmen Jugendliche für die Beteiligung an demokratischen Prozessen zu aktivieren?

Zunächst einmal organisieren wir Jugendforen. Das sind Veranstaltungen, bei denen Jugendliche Beteiligung und Mitbestimmung anhand ganz konkreter Probleme in ihrem Lebensumfeld erfahren können. Wir haben das erste Jugendforum 2015 mit einer Gruppe Jugendlicher aus unterschiedlichen Klubs gestartet. Es hat sich aber gezeigt, dass eine feste Gruppe nur schwer die Vertretung der Stimmen aller Jugendlichen übernehmen kann, abgesehen von dem organisatorischen Problem, ihre Mitglieder aus unterschiedlichen Ecken des Landkreises regelmäßig zusammenzubringen. Deshalb entstand aus der Gruppe die Idee des „Jugendforum on tour“, eines Workshop-Moduls, mit dem wir in die Gemeinden fahren. Dort können junge Menschen miteinander über ihre Ideen und Wünsche diskutieren und Projekte zu ihrer Umsetzung entwickeln. Das Themenspektrum ist dabei sehr breit, von Digitalisierung bis zum Engagement gegen Diskriminierung. Das Gute ist, dass „Demokratie leben!“ auch einen Jugendfonds finanziert. Der ist mit 10.000 Euro gut ausgestattet, um einzelne Projekte aus den Jugendforen zu unterstützen. Oft mangelt es nicht am Geld, sondern eher an Ideen.

Als Partnerschaft für Demokratie bieten wir auch themenbezogene Vernetzungstreffen an, z. B. bringen wir regelmäßig aktive Schüler*innen aus den „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“ zum Erfahrungsaustausch zusammen; in diesem Jahr gab es einen Schülermediationstag, bei dem Streitschlichtende und Schülermediator*innen ins Gespräch kommen und sich über ihre Erfahrungen und Methoden austauschen konnten.

© Eva Schönfeld



Ein wichtiges Projekt zur Stärkung der Jugendbeteiligung ist für uns die Kinder- und Jugendkonferenz. Im Dezember 2019 fand die erste statt. Die Themen wurden aus den vorhergehenden Jugendforen gesetzt: Politik und Beteiligung, Bildung/Schule/Arbeit, Mobilität. In kleineren Workshops wurden hier Forderungen dazu erarbeitet und an die Politik, d. h. an die Mitglieder des Bildungs- und Jugendhilfeausschusses des Landkreises, übergeben. Das Ziel der Konferenz war es erst einmal, Kinder und Jugendliche und ihr Recht auf Beteiligung im Landkreis sichtbar zu machen, und das ist, glaube ich, den etwa 150 Teilnehmenden durch ihr Engagement auch gelungen. Die Kinder- und Jugendkonferenz findet alle zwei Jahre statt. Wegen der Corona-Pandemie haben wir sie 2021 dezentral an vier Orten organisiert. Zentrale Themen waren Wahlen und Demokratie, weil kurze Zeit später die Bundestagswahl anstand, wobei wir schon vermitteln wollten, dass Demokratie mehr ist als nur Wahlen. Daran haben sich mehr als 500 junge Menschen beteiligt. In diesem Jahr soll im Dezember die dritte Kinder- und Jugendkonferenz stattfinden, diesmal wieder an einem Ort. Wir werden sie vorbereiten, weil wir es für ein sinnvolles Format der Jugendbeteiligung halten und die Jugendlichen auch nicht hängenlassen wollen, aber jetzt stellt sich langsam die Frage der Kontinuität. Die Förderung über „Demokratie leben!“ wird 2024 auslaufen und bis dahin sollte klar sein, wie der Landkreis das Projekt weiter fördern will und durch wen es organisiert werden soll. Wir hoffen auf die Einrichtung eines Kinder- und Jugendbüros für den Landkreis.

Damit kommen wir schon zur nächsten Frage. Jugendbeteiligung setzt sich nicht von alleine durch. Welche Hindernisse für Jugendbeteiligung im ländlichen Raum siehst du bei euch in der Region?

Wenn du eine Bürgermeisterin oder einen Ortsvorsteher in Oberhavel fragst, wirst du wahrscheinlich hören, dass es kein Problem damit gibt: Schließlich kann jede*r zur Einwohner-sprechstunde kommen und ein Anliegen oder einen Vorschlag einbringen.

In der Realität sieht's natürlich anders aus. Wenn du als außenstehende Person in den Prozess der politischen Entscheidungsfindung in den Kommunen kommst, dann hast du schon mal ein Informationsdefizit gegenüber den Gemeindevertreter*innen: Du kennst all die früheren Vorlagen, Beratungen und Beschlüsse zu einem Thema nicht, weißt auch nicht, welche weiteren Faktoren da eine Rolle spielen – von den vorhandenen Haushaltsmitteln bis zu Versicherungsfragen. Dazu kommt, dass parlamentarische Verfahren nicht für jede*n wirklich spannend sind.

Deshalb ist es so wichtig, dass es eigene Strukturen für Jugendbeteiligung gibt, wie beispielsweise die Kinder- und Jugendkonferenz oder kleinere Jugendforen, in denen die Jugendlichen selbstbestimmt diskutieren und entscheiden können. Das Haupthindernis dabei

ist allerdings die Frage der Umsetzung. Eigentlich müssten die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung anwesend sein, sich die Ideen und Forderungen der Jugendlichen anhören, ihnen erklären, welche Dinge dem entgegenstehen, aber auch erkennen, was wirklich drängende Probleme für junge Menschen sind, die gelöst werden müssen – also ein echter Kommunikationsprozess von beiden Seiten. Beispiel Nahverkehr: Der Landkreis beauftragt eine Firma mit einer Online-Umfrage zum Thema unter Jugendlichen. Die Firma fragt uns an, ob wir sie unterstützen, was wir natürlich gern machen, denn es geht um Jugendbeteiligung. Es beteiligen sich etwa 200 junge Menschen, was für so ein Format eine ziemlich gute Quote ist. Aber in der Kommunikation der Ergebnisse waren wir wieder draußen. Wir wissen nicht, wie die Einschätzungen und geäußerten Wünsche der Jugendlichen in der Auswertung berücksichtigt wurden, und auch die konkrete Umsetzung im Nahverkehrskonzept des Kreises fand ohne Jugendbeteiligung statt. Und sowas erzeugt Frust. Wenn Beteiligung nicht mit dem Erlebnis der Selbstwirksamkeit verbunden ist, dann überlegst du dir beim nächsten Mal, ob du dich noch beteiligst.

Das Problem sind nicht die Jugendlichen. Die Kids aus Bätzwow beispielsweise, die den Erntewagen geschmückt haben, waren bestens vorbereitet auf das Gespräch über Jugendbeteiligung und haben klar formuliert, wo sie Veränderungen wollen – sei es die Busverbindung, das Schülerticket oder fehlende Sportgeräte. Die wissen in der Regel, was sie wollen und sie gehen meist auch sehr kritisch mit ihren eigenen Forderungen um – was deren Realisierbarkeit betrifft. Das Problem sind die „Erwachsenenstrukturen“, die sich zwar gern mit Beteiligungsprozessen schmücken, die aber letztendlich unverbindliche Befragungen bleiben.



Wie lassen sich solche Hindernisse überwinden? Was empfehlst du in Bezug auf Jugendbeteiligung für die Zukunft?

Ich glaube, Kommunikation ist alles. Und Kommunikation braucht Leute, die mobil und flexibel sind, die Zeit haben, um hinzugehen, wo die Jugendlichen sind, und zuzuhören, die den Transfer von den Vorstellungen der Jugendlichen zur Politik und Verwaltung und zurück leisten können, die die sozialen Netzwerke vor Ort nutzen können – also eine Variante des „Kümmerermodells“, das im ländlichen Raum ganz wichtig ist. Das sind Kompetenzen, die kann man nicht ausschreiben, aber man kann sie erlernen. Und es braucht Zeit und Ressourcen für so eine Unterstützungsebene vor Ort, damit man einen Beteiligungsprozess – immer mit den jungen Leuten gemeinsam – komplett durchdeklinieren kann und Selbstwirksamkeit erlebbar macht. Ansonsten kann es passieren, dass sich die falschen Leute „kümmern“ und mit ihren Ressentiments den sozialen Raum dominieren.

Junge Leute sind sehr leidensfähig, man kann ihnen Frustrationserfahrungen zumuten und sie auch in einen längeren Prozess einbinden. Man sollte ihnen zutrauen, dass sie politische Diskussionen führen können und reflexionsfähig sind, und man sollte nicht warten, dass sie auf die politischen Strukturen zugehen, sondern ihnen die Strukturen erklären und so offen sein, gegebenenfalls neue aufzumachen und den Jugendlichen anbieten: „Lasst uns was gemeinsam probieren.“

Das Interview führte Wolfgang Rose, JUBU-Team.

Das Format „Vorschlags-Expedition“

Carsten Herzberg und Martina Rumpel



Videopodcast
zum Beitrag



Einführung

Das Format „Vorschlags-Expedition“ richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene ab ca. 15 Jahren. Das Format beginnt mit einer Ideenwerkstatt als Auftakt, anschließend gibt es Folgeworkshops in Gruppen von Interessierten, deren Inhalte sich am Beteiligungszyklus von Bürgerbudgets orientieren. Es handelt sich um ein „freies“ Format, das heißt, innerhalb der Phasen des Beteiligungszyklus können die Methoden frei gewählt werden. Um das Vorgehen zu veranschaulichen, berichten wir im Folgenden von unseren Erfahrungen in der Gemeinde Nuthetal, die eine JUBU-Pilotkommune im ländlichen Raum ist. Im Ortsteil Saarmund werden hier junge Menschen durch die Teilnahme am Bürgerbudget, das dort als Bürgerhaushalt bezeichnet wird, einen Pavillon als Treffpunkt bekommen. Wie wurden die jungen Menschen auf das Bürgerbudget aufmerksam? Wie sah die pädagogische Begleitung durch JUBU aus? Und was wäre passiert, wenn der Vorschlag keinen Erfolg erzielt hätte?

Zur Beantwortung dieser Fragen und zur Erläuterung des Formats „Vorschlags-Expedition“ führen wir zunächst in den demokratischen Zyklus der Beteiligung ein, den wir aus dem policy cycle von Lasswell (1956) abgeleitet haben. Anschließend wird das Bürgerbudget bzw. der „Bürgerhaushalt“ von Nuthetal in einem Interview mit dem Leiter des Fachbereichs Finanzen vorgestellt. Darauf folgt eine Darstellung über die Umsetzung der Vorschlags-Expedition. Im Fazit gehen wir auf die Übertragung des Formats auf andere Orte und auf den städtischen Raum ein.

© JUBU



Demokratischer Zyklus als Handlungsrahmen

Im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit des JUBU-Projektes steht, Demokratie anhand von Bürgerbudgets praktisch erfahrbar zu machen. Pädagogischer Ausgangspunkt ist der demokratische Zyklus der Beteiligung bei Bürgerbudgets, den JUBU im Rahmen des Projektes in Anlehnung an den „policy cycle“ (Lasswell 1956) entwickelt hat. Dieser ist ein Modell der Politikwissenschaft, mit dem Entscheidungsprozesse in der Demokratie veranschaulicht werden und das wir auf den Ablauf der Beteiligung bei Bürgerbudgets übertragen haben. Dieser Zyklus beinhaltet die Kernelemente demokratischer Entscheidungsfindung und verläuft nach den Phasen „Austausch über Bedürfnisse“, „Diskussion und Vorschlagseinreichung“, „Wahlkampagne“, „Abstimmung“ und „Umsetzung“.

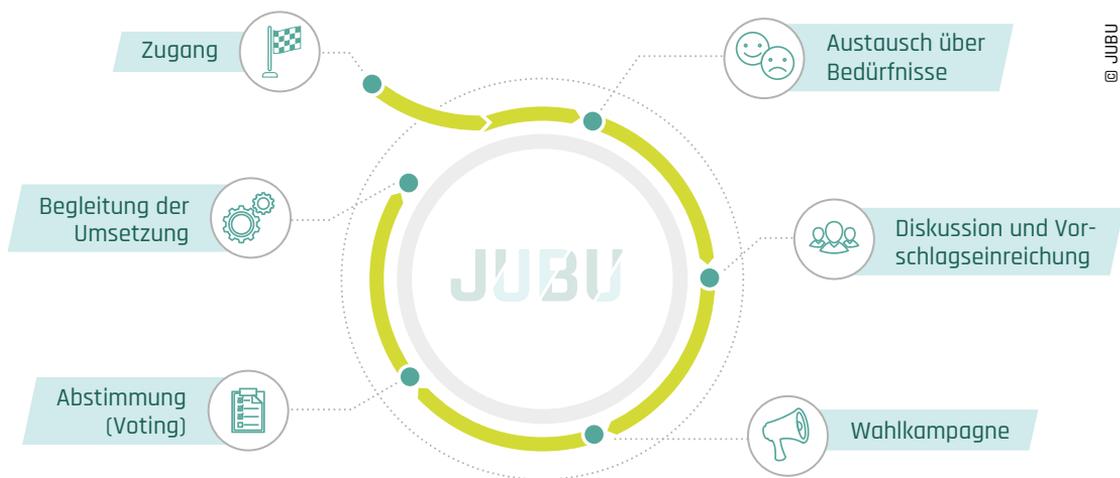


Abb.: Demokratischer Zyklus für Beteiligung bei Bürgerbudgets

Konkret lässt sich der Zyklus wie folgt beschreiben: Dem eigentlichen Beteiligungszyklus geht eine Phase der Anbahnung voraus. In der Offenen Jugendarbeit wird der „Zugang“ oft mit Hilfe von Sozialarbeiter*innen aufgebaut, die bereits mit den jungen Menschen in Kontakt stehen. Für die erste Phase des Zyklus „Austausch über Bedürfnisse“ hat JUBU eine Ideenwerkstatt entwickelt, die auf den folgenden Seiten noch näher beschrieben wird. Bei Lasswell entspricht dies in etwa der Phase der Problemdefinition (siehe Kasten S. 26). Bei der „Diskussion und Auswahl“ der Vorschläge erfolgt sodann im Sinne von Lasswell eine Art Agenda Setting: Die Gruppe einigt sich, welche ihrer Ideen sie für die Abstimmung einreichen möchte. Die jungen Menschen erarbeiten daraufhin für ihren Bürgerbudget-Vorschlag eine eigene „Werbekampagne“, ähnlich wie es Parteien für die Wahl tun. Die anschließende

Phase der Abstimmung steht für Lasswells Moment der Politikformulierung. Erhält der Vorschlag bei der Abstimmung eine Finanzierung, geht es in die Umsetzung – was im „policy cycle“ als Implementierung bezeichnet wird. Die Evaluation entscheidet dann über eine Teilnahme am Bürgerbudget im nächsten Jahr.

Die Beteiligung wurde beim demokratischen Zyklus bewusst als Prozess angelegt, um neben dem Demokratielernen auch eine Festigung demokratischer Werte zu ermöglichen, denn die Einstellungsänderungsforschung geht davon aus, dass sich Einstellungen und Werte nicht ad hoc verändern (Bandura 1997). Für JUBU bedeutet dies, dass Jugendbeteiligung nicht aus einem einzigen Event besteht, sondern aus einer Reihe von Treffen über einen längeren Zeitraum, womit eine Sozialisation durch demokratische Praktiken gefördert werden soll.

Der policy cycle bei Lasswell – Grundlage für politische Bildung bei Bürgerbudgets

Bei dem in den 1950er Jahren von Harold Dwight Lasswell (1956) entwickelten „policy cycle“ handelt es sich um ein Kreismodell. Das Modell wird in der Politikwissenschaft genutzt, um Entscheidungsprozesse in der Demokratie zu veranschaulichen. Es enthält die nachfolgend beschriebenen sechs Etappen, die im JUBU-Projekt einen Ausgangspunkt für den Zyklus der Beteiligung am Bürgerbudget bilden.

- 1) **Problemdefinition:** Ein politisches Problem wird erkannt und dann üblicherweise von Interessengruppen an die Politik, Parteien und darüber in die Parlamente getragen.
- 2) **Agenda Setting:** Das Problem wird auf die politische Tagesordnung gesetzt, z. B. zur Abstimmung in der Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung. Das Agenda Setting erfolgt auch durch den Druck sozialer Bewegungen, deren Aufgabe es ist, neue Fragen und Lösungsvorschläge zu präsentieren.
- 3) **Politikformulierung:** Es werden Entscheidungen über konkrete Maßnahmen zur Lösung des Problems getroffen. Das heißt z. B., ein Antrag wird im Parlament angenommen oder abgelehnt.
- 4) **Implementation:** Es geht um die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen, in der Regel durch Ministerien bzw. Verwaltungen.
- 5) **Evaluierung:** Die durchgeführte Umsetzung wird geprüft und hinsichtlich ihres Erfolges bewertet.
- 6) **Terminierung:** Die Maßnahme kann nach der Evaluierung beendet oder fortgesetzt werden. Auch kann es zu einer Re-Formulierung des Ausgangsproblems kommen, um neue Maßnahmen vorzuschlagen. Der Zyklus beginnt in diesem Fall von neuem.

Die Entstehung des Bürgerbudgets in Nuthetal (dort „Bürgerhaushalt“ genannt)

Gespräch mit Stephan Ranz, Leiter des Fachbereichs Finanzen

Die Gemeinde Nuthetal hat ein ein Bürgerbudget, das dort „Bürgerhaushalt“ genannt wird, nach dem Vorbild von Eberswalde eingeführt. Die Initiative wurde von einer großen Mehrheit im Gemeinderat getragen. Für die Mobilisierung von Teilnehmenden hat sich bewährt, die Abstimmung beim Bürgerbudget mit einem Fest zu verbinden.

Seit wann gibt es die Gemeinde Nuthetal? Inwiefern ist die Gemeinde vom ländlichen Raum geprägt?

Die Gemeinde Nuthetal entstand durch die Gemeindegebietsreform des Landes. Die gesetzlichen Grundlagen traten am 26. Oktober 2003 in Kraft, dies ist somit der Geburtstag der Gemeinde. Nuthetal ist durch ländlich geprägte Ortsteile mit unmittelbarer Großstadtnähe geprägt. In den Orten dominieren historisch gewachsene Ortskerne. Die umgebende Landschaft ist durch Wälder, Wiesen und landwirtschaftliche Flächen gekennzeichnet. Teile des Gemeindegebietes liegen im Naturpark Nuthe-Nieplitz.

Wie kam es zur Einführung des Bürgerbudgets, das vor Ort in Nuthetal unter dem Namen „Bürgerhaushalt“ organisiert wird?

Der Bürgerhaushalt wurde im Finanzausschuss der Gemeinde Nuthetal erstmals 2016 diskutiert. Es gab einen schnellen Konsens, sich das Prozedere der Stadt Eberswalde genauer anzusehen. So wurde ein Vertreter der Eberswalder Stadtverwaltung in den Finanzausschuss eingeladen. Die Vorsitzende der Nuthetaler Gemeindevertretung, Frau Dr. Schmidt, und der damalige Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Hebenstreit, besuchten anschließend am 16. September 2017 den Eberswalder „Tag der Entscheidung“, was dazu führte, dass man sich im Prozedere zum Bürgerhaushalt in Nuthetal stark an die Regelungen in Eberswalde anlehnte. Die Abstimmung sollte, wie in Eberswalde, im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung stattfinden. Jeder Bürger sollte fünf Stimmtaler bekommen (diesen „taufte“ man auf den Namen „Nuthetaler“), die er auf die favorisierten Vorschläge verteilen konnte. In ihrer Sitzung am 12. Dezember 2017 beschlossen die Gemeindevertreter mit zwei

Gegenstimmen, im Jahr 2019 erstmalig einen Bürgerhaushalt in der Gemeinde Nuthetal durchzuführen. Die notwendige Satzung zum Bürgerhaushalt wurde am 20. März 2018 beschlossen, diesmal sogar einstimmig.

Welche Erfahrungen haben Sie mit dem Bürgerhaushalt gemacht?

Die erste Abstimmung zum Bürgerhaushalt fand am 29. September 2018 statt. Bis zum 30. April konnten Vorschläge eingereicht werden, die von der Verwaltung auf Zuständigkeit und Umsetzbarkeit geprüft wurden. Insgesamt betrug das Budget für die Vorschläge 50.000 Euro, ein Vorschlag durfte maximal 10.000 Euro kosten. Nach Prüfung aller eingereichten Vorschläge konnten am 29. September insgesamt 25 Vorschläge zur Abstimmung gestellt werden. Sieben Vorschläge bekamen den Zuschlag und wurden in den Jahren 2019 und 2020 umgesetzt. Auch 2019 fand eine Abstimmung statt, diesmal im Ortsteil Bergholz-Rehbrücke. 2020 musste die Veranstaltung coronabedingt ausfallen. 2021 folgte dann aber wieder eine Veranstaltung. 2022 fand die letzte Abstimmung statt, jedoch ohne eine Veranstaltung.

Wie mussten sich die Mitarbeitenden in der Verwaltung auf die Durchführung des Bürgerhaushaltes vorbereiten? Wie sind die Aufgaben verteilt?

Plakate mussten vorbereitet werden, Listen der abstimmungsberechtigten Bürger mussten erstellt werden, aber auch die erste Veranstaltung im Ortsteil Saarmund in Form eines Gemeindefestes musste vorbereitet werden. An der Durchführung waren alle drei Fachbereiche beteiligt. Insgesamt nahmen in den ersten Jahren zwischen 600 und 700 Bürger an der Abstimmung teil. Im letzten Jahr 2022 wurde auf das Durchführen einer Veranstaltung aus Kosten- und Zeitgründen verzichtet. Hier reduzierte sich die Zahl der Abstimmenden um fast die Hälfte. 2023 beschloss die Gemeindevertretung nach einer Evaluierung der ersten fünf Jahre, den Bürgerhaushalt bis 2026 auszusetzen und dann nur noch alle zwei Jahre eine Abstimmung durchzuführen.

Was würden Sie hier Verwaltungen in anderen Orten empfehlen, die einen Bürgerhaushalt/ ein Bürgerbudget einführen möchten?

Ein enger Kontakt zu den Bürgern ist förderlich. Eine öffentliche Veranstaltung, gekoppelt ggfs. mit einer Möglichkeit, online abzustimmen, könnte die Resonanz noch erhöhen. Ohne ausreichende Resonanz in der Bürgerschaft stehen Aufwand und Nutzen aber in keinem guten Verhältnis, diese Erfahrung haben wir auch gemacht. Eine Teilnahme von knapp zehn Prozent der Bürger sollte man im ländlichen Raum schon anstreben, damit Mittel nicht für Vorhaben verwendet werden, die kaum Zustimmung in der Bevölkerung finden.

Das Interview führte Carsten Herzberg, JUBU-Team.

Steckbrief

Bürgerhaushalt der Gemeinde Nuthetal

Ort: Nuthetal

Höhe des Fondsbetrages: 50.000 Euro

Teilnehmende: Einwohner*innen ab 14 Jahre

Mit der Durchführung beauftragt: Sachbearbeiter*innen der kommunalen Verwaltung, die auch mit anderen Aufgaben betraut sind

Ablauf:

1. Einreichung von Vorschlägen bis zum 30.04.
2. Prüfung durch Verwaltung,
3. Abstimmung auf einer öffentlichen Veranstaltung,
4. Umsetzung der gewählten Vorschläge.

Beispiele für die Umsetzung:

- Pavillon als Aufenthaltsort für Jugendliche,
- Graffitiwand,
- Untergrund für Beach-Volleyball-Platz,
- Spielgeräte für den Spielplatz.



© Martin Siegert



Auf Expedition in Nuthetal

Ziele des Formats

Die Vorschlags-Expedition hat das übergeordnete Ziel, jungen Menschen entlang des demokratischen Zyklus' die Funktionsweise des örtlichen Bürgerbudgets und der lokalen Demokratie mit ihren Akteur*innen und Zuständigkeiten zu verdeutlichen bzw. durch die eigene Teilnahme erfahrbar zu machen. Es geht also darum, junge Menschen zu begleiten, positive Erfahrungen mit Demokratie zu machen. Damit soll bei den Beteiligten eine demokratische Resilienz gegenüber anti-demokratischen Tendenzen gestärkt werden.

Zur Umsetzung dieses umfassenden Ziels in die Praxis wurden folgende Teilziele formuliert:

- Die Teilnehmer*innen haben sich am Ende mit ihrem Lebensumfeld auseinandergesetzt und Ideen für Veränderungen entwickelt. Die durch die Teilnehmer*innen gesetzten Themen wurden zu Möglichkeiten der Umsetzbarkeit durch das Bürgerbudget oder andere Verfahren in Beziehung gesetzt.
- Die Teilnehmer*innen kennen den Ablauf und die Voraussetzungen für die Teilnahme am örtlichen Bürgerbudget und sind in der Lage, eigenständig einen Bürgerbudget-Vorschlag einzureichen.
- Vor Ablauf der Einreichungsfrist waren die Teilnehmer*innen fähig, Kontakt mit einer*m für das Bürgerbudget zuständigen Verwaltungsmitarbeiter*in, Gemeindevertreter*innen und Ortsvorsteher*innen aufzunehmen, um zu ihren einzureichenden Vorschlägen beraten zu werden.
- Die Teilnehmer*innen haben sich mit den Möglichkeiten einer Werbekampagne für den eigenen eingereichten Bürgerbudget-Vorschlag auseinandergesetzt und ggf. eine eigene Werbekampagne entwickelt und umgesetzt.

Das Vorgehen wird im Folgenden am Beispiel der brandenburgischen Gemeinde Nuthetal erläutert, wo es im Rahmen der pädagogischen Projektarbeit entwickelt und erprobt worden ist. Obwohl die Gemeinde in der Nähe der Landeshauptstadt Potsdam liegt, ist sie ländlich geprägt, einige Teilorte zählen nur 200 bis 300 Einwohner*innen. Grundsätzlich ist das Format auch in Städten und Einrichtungen der Jugendarbeit, z. B. Jugendzentren, durchführbar. Das hier beschriebene Vorgehen kann somit zur Inspiration für die eigene pädagogische Arbeit genutzt werden.

Aus dem Zyklus wird ein Workshop-Fahrplan

Wie bereits am Anfang des Beitrags erläutert, handelt es sich bei der „Vorschlags-Expedition“ um ein freies Format. Die Inhalte können also von pädagogischen Fachkräften, die junge Menschen bei der Teilnahme beim Bürgerbudget begleiten, durch andere Methoden ausgetauscht werden. Zu den Veranstaltungen kann offen oder im Rahmen einer bestehenden Gruppe (z. B. Verein) eingeladen werden.

Im Folgenden wird der Verlauf des Formates skizziert, das mit einer Ideenwerkstatt beginnt, auf die entlang der Phasen des demokratischen Zyklus verschiedene thematische Workshops folgen. Da es hier nicht um ein sich stetig wiederholendes Verfahren geht, wurden die Phasen des Zyklus der Beteiligung in einen Workshop-Fahrplan übertragen, der zunächst mit der Abstimmung beim Bürgerbudget endet. Die Begleitung der Umsetzung, die Bestandteil des eigentlichen Zyklus ist, war zunächst nicht vorgesehen, kann jedoch ebenfalls relevant werden, wie sich noch zeigen wird.

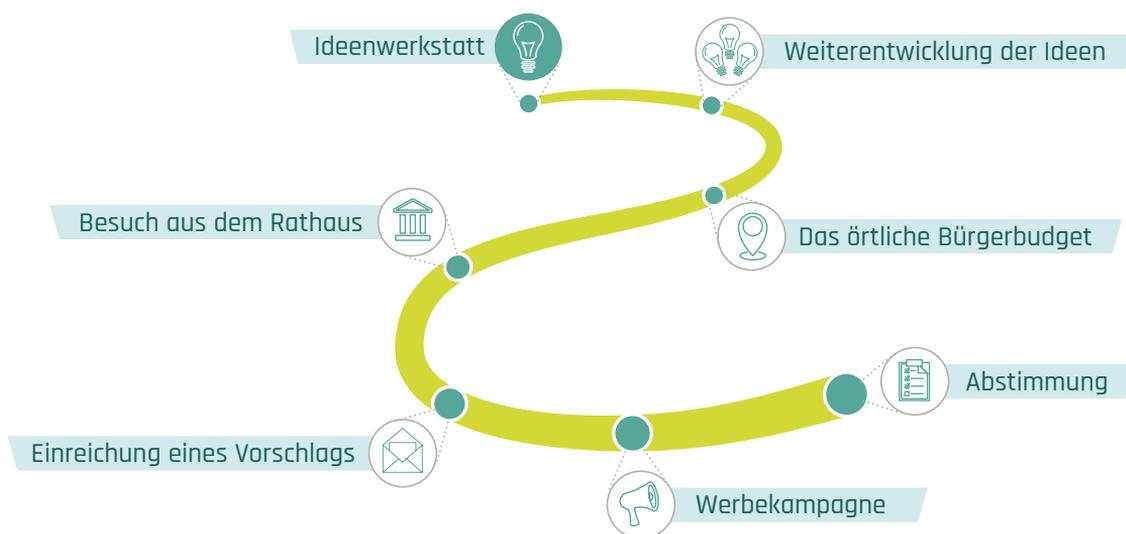


Abb.: Workshop-Fahrplan des Formates „Vorschlags-Expedition“

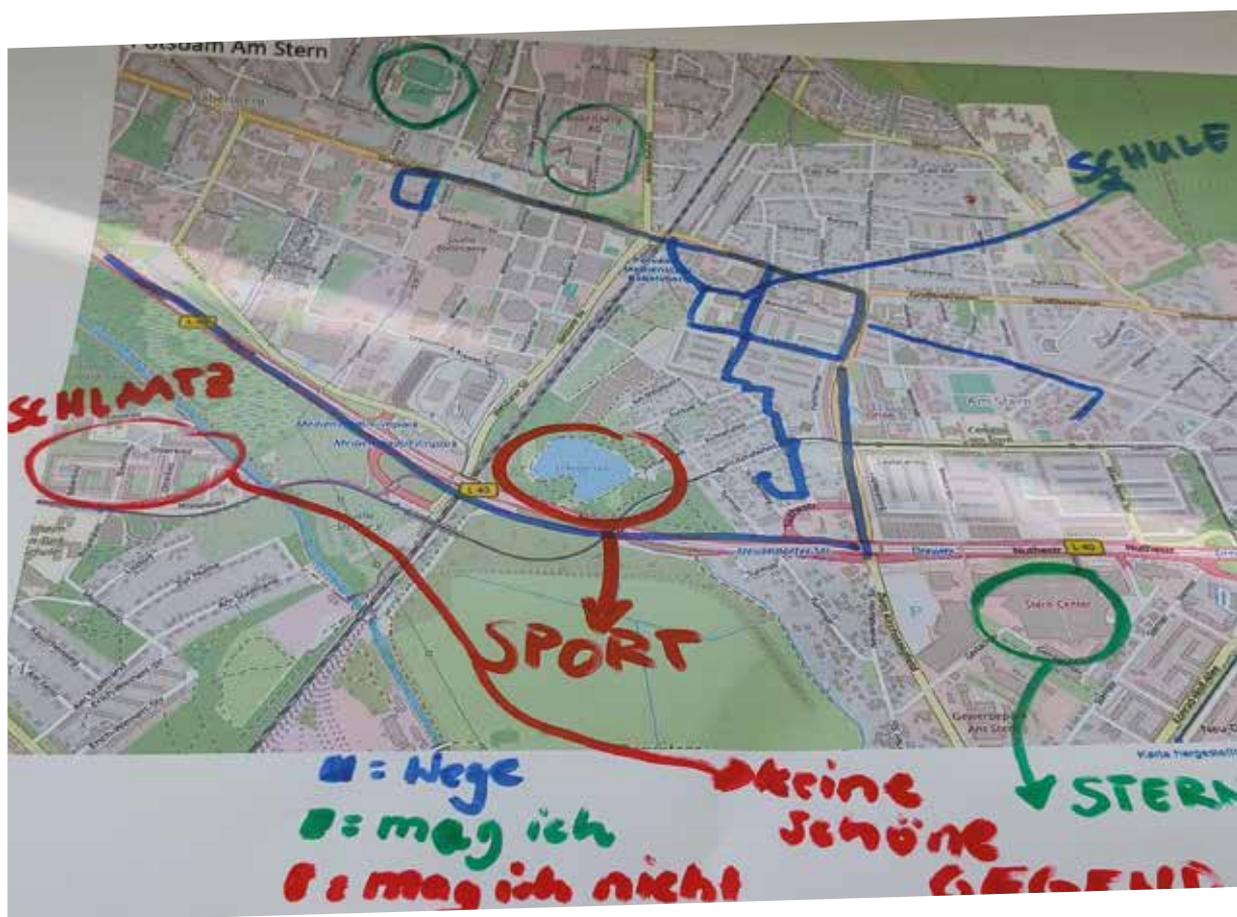
Bei der nachfolgenden Beschreibung der einzelnen Phasen des Workshop-Fahrplans werden auch verschiedene Methoden benannt und Hinweise zur weiterführenden Literatur gegeben. JUBU hat einen eigenen Instrumentenkoffer für Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets (JUBU-Band 1) herausgegeben, in dem für einzelne Phasen geeignete Methoden aufgezeigt werden (Herzberg/Rumpel 2020). Der Band kann auf der Webseite www.jugend-budget.de heruntergeladen oder dort als Printexemplar bestellt werden.

Ideenwerkstatt als Auftakt

Die Ideenwerkstatt besteht aus einem thematisch offen konzipierten Treffen. Es soll Raum geben, damit sich die Teilnehmer*innen als Expert*innen der eigenen Lebenswelt mit dem Lebensumfeld und den eigenen Bedarfen auseinandersetzen können (Thiersch 2014; Krisch 2009).

Die Ideenwerkstatt beinhaltet die Phase des Austauschs über Bedürfnisse. Für diese Phase kann eine Bandbreite an Methoden verwendet werden, beispielsweise kann eine Landkartenmethode Impulse für Gespräche und eine Auseinandersetzung geben (siehe u. a. Deinet 2009). Die mit Hilfe der Landkarte oder anderer Methoden formulierten Ideen der Teilnehmer*innen werden gesammelt (siehe auch JUBU-Band 1). Hinter jeder Idee steckt ein direkter persönlicher Bedarf. Manche Bedarfe lassen sich zu einer gemeinsamen Idee fusionieren, und so können aus individuellen Bedarfen gemeinsame Ideen entstehen.

© JUBU



Eine Stärke der Ideenwerkstatt liegt darin, dass einerseits Ideen als Bürgerbudget-Vorschlag hervorgebracht werden können, wenn diese dem Kostenrahmen und den Zulassungskriterien für Vorschläge entsprechen. Andererseits können für Ideen, die sich nicht für die Einreichung zum Bürgerbudget eignen, andere Wege eingeschlagen werden. Zum Abschluss der Veranstaltung sollte für jede Idee ein Plan festgelegt werden, wie weiter vorgegangen werden soll. Für Ideen, die zu einem Bürgerbudget-Vorschlag weitergedacht werden sollen, können ein Termin und Ort bestimmt werden.

Bei der praktischen Umsetzung des Konzeptes in Nuthetal musste die Ideenwerkstatt, bedingt durch die Präventionsmaßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie, zunächst als Online-Format durchgeführt werden, später durch persönliche Treffen. Wir haben Veranstaltungen in verschiedenen Teilorten realisiert, im Folgenden steht jedoch der Ortsteil Saarmund im Vordergrund, bei dem auf der Ideenwerkstatt der Wunsch nach einem Pavillon als Jugend-Treffpunkt geäußert wurde.



© JUNU

Folgeworkshops zu verschiedenen Themen

Die in der Ideenwerkstatt entwickelten Ideen werden nun in Serien von sich anschließenden Terminen fortgeführt. Zu diesen Folgeworkshops können jederzeit weitere Teilnehmer*innen hinzukommen und auch explizit eingeladen werden. Wir haben ebenso beobachtet, dass Teilnehmer*innen selbst gerne Freund*innen einladen, was sehr spontan geschehen kann. Auf diese Weise können sich Treffen rasch herumsprechen.

Anzahl, Dauer und Rhythmus der Folgeworkshops können durch die Gruppe bestimmt bzw. an die Erfordernisse angepasst werden. Dabei kann es sein, dass bei einer solchen „Expedition“ manche Schritte aus dem Workshop-Fahrplan vorgezogen werden, wenn dies der Gruppe sinnvoll erscheint, wofür sich letztlich auch die Jugendlichen in Saarmund entschieden hatten.

Weiterentwicklung der Ideen

Es bietet sich an, im ersten Folgeworkshop noch einmal alle Teilnehmenden und die ggf. neu Hinzugekommenen in das Thema und den Diskussionsstand einzuführen. Darüber hinaus kann die Idee weiterentwickelt werden: Wie soll es konkret aussehen bzw. umgesetzt werden? Aus der Ideenwerkstatt wurde in Nuthetal die Idee eines Pavillons als Treffpunkt zu einem Folgeworkshop mitgebracht. Das Treffen konnte nun in Präsenz durchgeführt werden und es kamen einige weitere Teilnehmer*innen hinzu. Diesen Vorschlag arbeiteten die Jugendlichen weiter aus und reichten ihn noch am selben Tag als Bürgerbudget-Vorschlag ein.

© JUBU



Das örtliche Bürgerbudget

Ein weiterer wichtiger Baustein dieser Phase ist die Auseinandersetzung mit dem örtlichen Bürgerbudget und den Teilnahmevoraussetzungen. Da die Bürgerbudgets in den jeweiligen Kommunen große Unterschiede aufweisen, müssen die örtlichen Voraussetzungen betrachtet werden. In der Regel wird Informationsmaterial von der Kommune zur Verfügung gestellt. In Nuthetal glichen die Teilnehmenden die Pavillon-Idee im Vorfeld der Vorschlags-einreichung noch hinsichtlich der Zulassungskriterien ab. Dabei wurde festgestellt, dass alle Teilnehmer*innen über 14 Jahre alt waren und somit den Vorschlag selbst einreichen konnten. Der Pavillon sollte der Jugend und damit dem Allgemeinwohl zugutekommen und der Maximalbetrag von 10.000 Euro müsste nach einer ersten Schätzung gerade ausreichen.

Für das Schätzen von Preisen hat JUBU übrigens ein eigenes Spiel entwickelt. „Dein Schätzspiel für Bürgerbudgets“ steht auf der Webseite des Projektes als Ausdruck bereit und kann auch im Karton als Printexemplar bestellt werden (siehe Rubrik JUBU-Spiele).

Besuch aus dem Rathaus

Grundsätzlich ist ein Austausch mit den örtlichen Bürgerbudget-Verantwortlichen zu empfehlen, denn Verwaltungen prüfen in der Regel sämtliche eingereichten Vorschläge und lassen diese bei Erfüllung aller Voraussetzungen zur Abstimmung zu. Zugleich hilft ein Kontakt zu einer*em Verwaltungsmitarbeiter*in, Hürden abzubauen und Einblicke in die kommunalen Verwaltungsstrukturen und -abläufe zu bekommen. Hinsichtlich des Demokratielernens ist das Kennenlernen der örtlichen Verantwortlichen nicht zu unterschätzen. Die Pavillon-Gruppe aus Nuthetal hatte im Zusammenhang mit der Abstimmung keine Gelegenheit bzw. auch keinen Bedarf, sich mit den Bürgerbudget-Verantwortlichen abzustimmen. Relevant wurde dies aber nach der erfolgreichen Abstimmung, als es an die Umsetzung ging, an der die Jugendlichen beteiligt werden wollten. In dieser Phase war mehrmaliger Kontakt für die Suche nach einem geeigneten Standort für den Pavillon wichtig und die Jugendlichen konnten ihre Perspektiven einbringen sowie die Arbeitsweise von der Gemeindeverwaltung erfahren.

Einreichung eines Vorschlags

Nach den Rückmeldungen aus dem Rathaus kann idealerweise der Vorschlag noch einmal angepasst werden, dies kann z. B. die Kosten, den Ort der Umsetzung oder den Gegenstand des Vorschlags selbst betreffen. Ein wichtiger Punkt ist dann noch die Frage, wer

den Vorschlag offiziell einreicht. Optimalerweise steht eine ganz Gruppe hinter dem Vorhaben, dennoch muss es eine Person geben, die das Formblatt zur Einreichung ausfüllt und unterschreibt bzw. – je nach Verfahren vor Ort – eine entsprechende Mail an das Organisationsteam des Bürgerbudgets im Rathaus abschickt. Diese Person steht der Verwaltung bei Nachfragen zur Verfügung bzw. kommuniziert mit der Verwaltung die Umsetzung.

Wahlkampagne

Der Einsatz gezielter Werbemaßnahmen wie von Plakaten, Social-Media-Posts, Informationsständen etc. kann die Gewinnchancen eines Bürgerbudget-Vorschlags maßgeblich erhöhen. Hier werden die Jugendlichen als Expert*innen ihrer eigenen Lebenswelt herangezogen: Sie wissen, welche Orte in ihrer Umgebung oft betrachtet werden, wer gefragt werden muss und wann ein guter Zeitpunkt ist. Die Zeiträume sollten in Einklang mit dem Abstimmungstag des Bürgerbudgets gebracht werden. In Saarmund hatten die Jugendlichen im Vorfeld der Abstimmung eine Werbekampagne entwickelt: Sie erstellten selbst ein Plakat, hängten dies in allen Teilorten auf und warben über Social Media für ihren Vorschlag. Die wohl wichtigste Werbemaßnahme war aber ein Stand am Tag der Abstimmung, an dem die Jugendlichen zahlreiche Menschen, vor allem auch Erwachsene, von ihrem Vorschlag überzeugen und somit ausreichend Stimmen bekommen konnten.



@ JUBU

Platz für Jugendliche

WIR WOLLEN EINEN PAVILLON FÜR JUGENDLICHE IN SAARMUND, DA ES HIER KEINEN PLATZ ZUM ZUSAMMENKOMMEN GIBT. ER SOLL WINDGESCHÜTZT, ÜBERDACHT UND MIT EINEM MÜLLEIMER UND SITZBELEGHEITEN AUSGESTATTET SEIN.



STIMMT FÜR UNS AB
 beim BÜRGERHAUSHALT
 am **4.9.**
 VON 15 BIS 19 UHR
 in der SPORTHALLE SAARMUND !

@ Jugendliche aus Saarmund/JUBU

Abstimmung

Bei der Abstimmung kommt zum Tragen, dass jede*r Einwohner*in beim Bürgerbudget mehrere Stimmen für die Abstimmung hat - auf diese Weise wird auch gleich das Prinzip der Kommunalwahlen in Brandenburg vermittelt, wo ebenfalls Stimmen gehäuft verteilt werden können. Die Möglichkeit, mehrere Vorschläge unterstützen zu können, erhöhte für die Jugendlichen die Chance, noch am „Tag der Entscheidung“ Einwohner*innen für ihre Idee zu gewinnen, denn der Pavillon als Treffpunkt kam auf den zweiten Platz und erhielt somit eine Finanzierung.



© JUBU

Umsetzung

Dem Projekt JUBU ging es in Nuthetal darum, den begleiteten Jugendlichen einen Einblick in die Funktionsweise von Demokratie zu geben. Hier gehört es dazu, dass es bei der Umsetzung beschlossener Vorhaben auch zu Verzögerungen kommen kann. Die Standortfrage des Pavillons ließ sich nicht einfach lösen. Zum einen lässt der Flächennutzungsplan nicht überall das Aufstellen eines Pavillons zu. Zum anderen soll der Ort auch gut erreichbar sein. Nach einer intensiveren Suche und viel gutem Willen bei allen Beteiligten wurde im Jahr 2023 ein Platz für den Pavillon gefunden, die Aufstellung steht nun unmittelbar bevor. Aus der Sicht von JUBU haben wir gelernt, dass nach der Finanzierungszusage die Umsetzung des Vorhabens noch einmal eines eigenen Beteiligungsprozesses bedarf. Diesen zu organisieren, liegt vor allem in der Verantwortung der Institution, die das Bürgerbudget organisiert, was in Nuthetal auch geschehen ist. JUBU nahm jedoch weiterhin die Rolle eines Vermittlers ein, der dafür sorgte, dass der Kommunikationsfaden nicht abbricht.

Was ist, wenn es nicht klappt?

Die Saarmunder Jugendlichen konnten hier eine Wirksamkeit ihres demokratischen Handelns unmittelbar erleben. Durch das Einbringen ihres Vorschlags in das Bürgerbudget wurde die Finanzierung eines Vorhabens, das die Jugendlichen schon lange umtrieb, in einem demokratischen Prozess - unter Mitwirkung der örtlichen Einwohnerschaft - entschieden. Natürlich hätte es auch anders verlaufen können. Was wäre, wenn der Vorschlag keine Finanzierung erhalten hätte? Wäre dann der Frust auf die Demokratie verstärkt worden?

Sollte sich abzeichnen, dass es beim örtlichen Bürgerbudget einen starken Wettbewerb gibt, dann loten wir als Begleiter*innen auch alternative Finanzierungsquellen aus, z. B. die Umsetzung einer kleineren Variante des geplanten Vorhabens im Rahmen eines Jugendbudgets oder durch ein Förderprogramm externer Geldgeber*innen. In Saarmund sind die Jugendlichen jedoch bewusst das Risiko eingegangen, dass bei Einreichung des Vorschlags kein geeigneter Standort für den Pavillon gefunden werden könnte. Es wäre dann Teil des demokratischen Prozesses gewesen, die Gründe einer Nichtumsetzung auszuwerten und ggf. nach Alternativen zu suchen. So gab es z. B. den Vorschlag einer mobilen Variante, bei der ein umgebautes „Bierbike“ als mobiler Treffpunkt dienen sollte.

Grundsätzlich, so unsere Erfahrung, gehören Verzögerungen und herausfordernde Situationen immer zum Teil eines demokratischen Prozesses wie Bürgerbudgets. Aus diesem Grunde ist eine Begleitung von Jugendarbeiter*innen unerlässlich für das Gelingen von Beteiligung. Das heißt aber auch, dass solche Stellen von dem Land und den Kommunen finanziert werden müssten. Die Aufgabe der Fachkräfte wäre es, zwischen verschiedenen Akteur*innen zu vermitteln oder auch dabei die jungen Menschen zu unterstützen, einflussreiche Fürsprecher*innen in der Dorfgesellschaft zu gewinnen. Gegebenenfalls kann es ebenso darum gehen, einen gewissen öffentlichen Druck im Sinne eines „countervailing power“ aufzubauen, wie es Fung/Wright (2003) für das Gelingen von Beteiligungsprozessen formuliert haben.

Die Vorschlags-Expedition kann, wie bereits erwähnt, gleichfalls im städtischen Raum umgesetzt werden. Ausgangspunkt kann hier z. B. ein Jugendclub sein oder das von JUBU entwickelte Planspiel, bei dem die Funktionsweise von Bürgerbudgets und die Übernahme verschiedener Perspektiven spielerisch erarbeitet werden. JUBU möchte Fachkräfte ermutigen, junge Menschen bei Bürgerbudgets zu begleiten und zu unterstützen. Wir bieten Spiele und Materialien an, die wir auf Workshops für Fachkräfte vorstellen. Für einen Austausch stehen wir gerne zur Verfügung.

Literatur

- Bandura, Albert (1997), *Self Efficacy: The Exercise of Control*, New York.
- Deinet, Ulrich (Hg.) (2009), *Methodenbuch Sozialraum*, Wiesbaden.
- Fung, Archon/Wright, Eric Orlin (2003), *Countervailing Power in Empowered Participatory Governance*, in: Fung, Archon/Wright, Eric Orlin (eds), *Deepening Democracy: Institutional Innovations in Empowered Participatory Governance*, Verso, 259–90.
- Herzberg, Carsten (2009), *Von der Bürger- zur Solidarkommune. Lokale Demokratie in Herzberg*, Carsten/Rumpel, Martina (2020), *Beteiligung junger Menschen bei Bürgerbudgets – ein Instrumentenkoffer (JUBU Band 1)*, Potsdam.
- Kirsch, Richard (2009), *Sozialräumliche Methodik der Jugendarbeit*, Weinheim und München.
- Lasswell, H. Dwight (1956), *The decision process: Seven categories of functional analysis*, Bureau of Government. College of Business and Public Administration: University of Maryland.
- Thiersch, Hans (2014), *Lebensweltorientierte Soziale Arbeit*, Weinheim.

▼ Videopodcast mit
Praxisbericht



Grafik: Verena Postweiler

Infolyer für Jugendliche, z. B. zum Auslegen in Jugendclubs



Grafik: Burkhard Felles

▲ Der Band enthält Methoden-Steckbriefe und Beispiele



Grafik: orangerot Design | Kristin Meier



Grafik: Maxim Neroda

Das Spiel wird auf ►
Seite 65 vorgestellt

Interview

„Wir werden hier noch zwanzig Jahre leben!“

Gespräch mit Jana Beeskow und Sarah Schlüfter | Nuthetal
(Brandenburg)



@ privat



@ privat

Jana Beeskow, 16 Jahre, Schülerin,
Mitglied der Freiwilligen Jugendfeuer-
wehr in Saarmund, Nuthetal.

Sarah Schlüfter, 20 Jahre, Auszubildende,
Mitglied des Jugendparlaments und des
Kinder- und Jugendbeirats in Nuthetal.

Im Jahr 2021 reichte eine Gruppe Jugendlicher beim Bürgerbudget in Nuthetal, das dort Bürgerhaushalt genannt wird, einen Vorschlag für einen Jugend-Pavillon ein und war erfolgreich. Ein Standort konnte aufgrund komplizierter örtlicher Gegebenheiten allerdings erst nach zwei Jahren gefunden werden. Der Outdoor-Treffpunkt soll nun neben dem Jugendclubgelände im Ortsteil Saarmund errichtet werden (Herbst 2023). Jana und Sarah sind bereits seit der Vorschlagsentwicklung, die von JUBU begleitet wurde, mit dabei und engagieren sich für die Umsetzung des Pavillons.

Ihr lebt ja in Saarmund, einem von insgesamt sechs Ortsteilen der ländlichen Gemeinde Nuthetal. Was kann man als junger Mensch in Nuthetal machen?

Sarah: Die Angebote für junge Menschen sind in Nuthetal begrenzt. Die Ortsteile Saarmund und Bergholz-Rehbrücke sind hier im Vergleich zu anderen Ortsteilen recht gut aufgestellt. In Saarmund gibt es die Freiwillige Jugendfeuerwehr und es gibt einen Jugendclub, den wir nutzen können. In Rehbrücke gibt es noch verschiedene Angebote der Jugendkoordinatorin von Brücke e. V.

Jana: In Bergholz-Rehbrücke gibt es auch noch das Mehrgenerationenhaus und in einigen Ortsteilen gibt es Sportvereine. Eine Jugendfeuerwehr haben alle Ortsteile. Zur Schule fahre ich täglich sieben bis acht Kilometer nach Potsdam und Sarah zu ihrer Ausbildungsstätte.

Vor zwei Jahren habt ihr beim Bürgerbudget in Nuthetal einen Vorschlag für einen Jugend-Pavillon eingereicht und wart erfolgreich. Warum wünscht ihr euch den Pavillon?

Jana: Es gibt bisher keinen Ort in Saarmund, wo man sich einfach mal so entspannt zusammen hinsetzen kann. Für den Jugendclub muss man immer vorher den Schlüssel besorgen und abklären, ob die Räume nicht von jemand anderes besetzt sind. Auch haben wir uns einen Platz für draußen gewünscht, wo wir andere nicht stören. Wichtig war uns dabei, dass es eine Überdachung gibt, Sitzgelegenheiten und einen Tisch.

Sarah: Uns ging es auch darum, die Jugendlichen aus den Bushaltestellen zu holen. Oft gibt es Beschwerden von den Anwohner*innen, wenn die Jugendlichen sich draußen irgendwo treffen und es vielleicht auch mal lauter wird. Wenn es zu laut wird, ist das natürlich auch verständlich. Andererseits gehört etwas Lautstärke ja auch dazu, wo Kinder und Jugendliche sind. Deshalb haben wir eigentlich gar nicht an einen so zentralen Ort gedacht, wie den, wo der Pavillon jetzt hinkommen wird. Aber komplett fernab von allem wollten wir natürlich auch nicht sein.



Welche Rolle habt ihr im Umsetzungsprozess gespielt, woran wart ihr beteiligt?

Sarah: Wir waren eigentlich an jeden Step beteiligt. Das JUBU-Team hat uns auch in den Mail-Verkehr mit der Verwaltung einbezogen. So waren wir immer über den aktuellen Stand informiert. Wir haben während der Standortsuche gemeinsam überlegt, welche nächsten Schritte wir unternehmen wollen. Wir haben auch zusammen nach Alternativen zu einem baulich verankerten Pavillon gesucht und diese Vorschläge der Verwaltung unterbreitet.

Jana: Es war für uns ziemlich wichtig, an dem Prozess beteiligt zu sein und sagen zu können, was uns Jugendlichen wichtig ist und wie wir uns den Jugend-Treffpunkt vorstellen – stellvertretend für die Jugendlichen, die den Pavillon in Saarmund nutzen werden.

Was hat während des bisherigen Umsetzungsprozesses gut funktioniert, und welche Herausforderungen gab es?

Sarah: In meinen Augen kann es nicht sein, dass es zwei Jahre dauert, bis ein Vorschlag umgesetzt wird. Auch steht der Pavillon ja immer noch nicht, sondern wir haben bisher nur die Bewilligung des Standortes [Stand: Oktober 2023, Anmerkung der Red.]. Die Kommunikation zwischen der Gemeinde und uns hat nicht immer so gut funktioniert und es kam mehrfach zu Missverständnissen. Trotzdem waren die Mitarbeiter*innen der Verwaltung meistens sehr offen. Ich fand es ganz toll, dass sie sich immer wieder mit uns hingesetzt haben, um gemeinsam nach einer Lösung zu suchen.

Jana: Ja, sie sind nicht abgesprungen, sondern haben gesagt: „Wir machen weiter“, und haben uns unterstützt.



Gab es entscheidende Momente?

Sarah: Der größte Turning Point war, als Janas Vater, der Mitglied der Gemeindevertretung ist, im Frühjahr mit zu einem Treffen mit der Verwaltung gekommen ist. Ich fand es einerseits mega, dass er uns geholfen hat, und wir sind ihm sehr dankbar. Andererseits ist es traurig, dass es ohne die Beteiligung von Erwachsenen scheinbar nicht vorwärts ging, obwohl zwei von uns Jugendlichen auch schon volljährig waren. Wir kämpfen in Nuthe-tal schon lange dafür, dass wir Jugendliche als vollwertige Personen gesehen werden und unsere Anliegen nicht als „Kinderkram“ abgetan werden.

Hattet ihr noch weitere Unterstützung aus eurem Umfeld oder aus der Gemeinde?

Jana: Ich hatte in meinem Freundeskreis erzählt, dass ich beim Bürgerbudget mitmache. Ein paar von meinen Freund*innen sind dann schon relativ am Anfang mit dazugekommen und haben mitgeholfen und mitgewirkt. Ansonsten hat sich meine Familie immer wieder erkundigt, wie es läuft, und auch Bekannte haben regelmäßig gefragt, wie der Stand ist. Außerdem hat uns die Jugendkoordinatorin von Die Brücke e. V. unterstützt. Sie war auch bei einigen Treffen mit der Verwaltung dabei.

Sarah: Wir hatten relativ viel und gute Unterstützung. Da waren wir ziemlich breit aufgestellt. Zwei von uns sind Mitglieder im Jugendparlament, das wir quasi mit im Boot hatten. Auch bei uns im Kinder- und Jugendbeirat habe ich für Unterstützung geworben für den Fall, dass es hart auf hart kommt.

Würdet ihr anderen jungen Menschen empfehlen, sich beim Bürgerbudget zu beteiligen? Welche Tipps hättet ihr für sie?

Sarah: Es ist wichtig, nicht locker zu lassen. Das, was wir schon seit über zwei Jahren machen: dranbleiben, damit es vorwärts geht. Und wenn es sein muss, den Leuten auch auf die Nerven gehen und immer wieder sagen: „Huhu, uns gibt's auch noch!“

Jana: Wenn man etwas haben möchte, sollte man sich ruhig trauen, einen Vorschlag beim Bürgerbudget einzureichen. Man sollte nicht aufgeben und wirklich dranbleiben, egal wie schwer das manchmal ist. Auch sollte man sich Unterstützung suchen. Ich denke, dann bekommt man das definitiv hin. Das Bürgerbudget bietet Jugendlichen die Möglichkeit, auch mal etwas Eigenes umzusetzen. In den meisten Ausschüssen sitzen zum Beispiel nur Erwachsene. Bevor Jugendliche nicht 18 Jahre alt sind, werden sie oft nicht ernst genommen. Im Bürgerbudget können sie ihre Stimme einbringen und zeigen: „Wir sind auch da und möchten etwas erreichen.“

Welche Möglichkeiten der politischen Jugendbeteiligung gibt es bei euch in Nuthetal sonst noch, und nehmt ihr daran teil?

Sarah: Ich bin seit drei, vier Jahren Mitglied des Jugendparlaments und mache somit auch bei der Organisation des Kinder- und Jugendbudgets mit. Die Mitglieder des Jugendparlaments sind allerdings nicht gewählt, weshalb wir offiziell nicht anerkannt werden. Theoretisch können immer neue Leute dazukommen. Sie können auch erst mal bei ein, zwei Treffen dabei sein und gucken, wie es ihnen gefällt, bevor sie sich entscheiden, ob sie dabeibleiben wollen. Zwei Mitglieder des Jugendparlaments haben außerdem die Möglichkeit, als sachkundige Einwohner*innen mit in die Ausschüsse der Gemeindevertretung zu gehen, wo sie zwar kein Stimmrecht, aber aktives Teilnahmerecht haben. Eine Jugendliche sitzt da derzeit im Sozialausschuss. Der Finanz- und Ortsentwicklungsausschuss sind allerdings nicht so beliebt. Neben dem Jugendparlament gibt es darüber hinaus seit ungefähr einem Jahr einen Kinder- und Jugendbeirat, dort mache ich auch mit. Da sind wir sieben von der Gemeindevertretung ernannte Jugendliche aus verschiedenen Ortsteilen. Wir sind auch offiziell anerkannt und stehen mit in der Hauptsatzung der Gemeinde Nuthetal. Wir stimmen intern im Beirat auch über die Vorschläge aus der Gemeindevertretung ab. Unser Votum wird dann der Gemeindevertretung für ihren Beschluss mitgeteilt, so dass die Meinung junger Menschen berücksichtigt werden kann.

Jana: Ich bin bei der Jugendfeuerwehr dabei und mache da in Saarmund die Verwaltung mit. Außerdem vertrete ich die zwei Jugendwarte und unterstütze die Ausbildung. Mit der Jugendfeuerwehr haben wir auch mal überlegt, einen Vorschlag beim Jugendbudget einzureichen. Wir hatten keinen geeigneten Wettkampfstadium für unser Training. Schlussendlich konnten wir aber eine Einigung mit der Schule erreichen, dass wir deren Tartanbahn nutzen können, weshalb wir dann doch keinen Vorschlag eingereicht haben. Mit der großen Feuerwehr hatten wir hingegen einmal mitgemacht. Es ging um die Anschaffung eines Gasgrills zur Versorgung der Einsatzkräfte und unser Vorschlag war erfolgreich.

Welche Voraussetzungen braucht es dafür, dass sich junge Menschen politisch in ihrer Kommune engagieren?

Sarah: Dazu muss sich die Grundhaltung der Kinder und Jugendlichen in unserer Gemeinde ändern. Viele sind politikfaul, besonders in den abgelegeneren Ortsteilen. Außerdem wissen viele auch nichts von den Möglichkeiten, die sie hätten, um sich politisch zu beteiligen.

Jana: Es müsste deshalb auch bekannt gemacht werden, dass es für Jugendliche diese Möglichkeiten der Mitwirkung gibt. Ich war jetzt schon öfter mit im Ortsentwicklungsausschuss. Da hat mich mein Vater einfach mit hingenommen, weil es ihm wichtig war, dass dort auch die Jugendlichen eine Stimme bekommen. Wenn man da ein paar Mal ist, muss man für sich selbst entscheiden, ob man das möchte und hinkriegt. Jugendbeteiligung ist also möglich, aber es ist auch etwas kompliziert, es am Ende umzusetzen.

Sarah: Meinem Eindruck nach sind 60 Prozent der Leute, die bei uns in der Gemeinde in Ausschüssen sitzen, Rentner*innen. Das muss man sich mal vorstellen! Über die Hälfte der Leute steht nicht mehr im Berufsleben und Jugendliche fehlen überwiegend in den Ausschüssen. Das spiegelt einfach nicht die Meinung aller Menschen in Nuthetal wider. Ich glaube, was Jugendliche sehr abschreckt, ist die Sprache, wie zum Beispiel Auszüge von Gesetzestexten formuliert sind, die in den Ausschüssen, aber auch im Jugendbeirat besprochen werden. Das ist ein sehr hohes Niveau. Das geht einfach nicht! Ich sitze selbst manchmal davor und denk mir: „Alter, was wollen die von mir? Ich hab keine Ahnung!“ Und das hat ja nichts damit zu tun, dass ich dumm bin. Wir haben 12-Jährige bei uns im Beirat. Ich verstehe, dass die das nicht verstehen können. Kein Wunder, dass das Jugendliche abschreckt, weil sie denken: „Nicht, dass ich da sitze und am Ende die Einzige bin, die es nicht versteht.“ Es bräuchte jemanden, der das „übersetzt“ bzw. muss es in die Sprache der Jugendlichen runtergebrochen werden, damit wir es verstehen.

Wie seht ihr die Rolle der lokalen Jugendarbeit? Welchen Stellenwert hat sie in Nuthetal?

Jana: Erst mal ist es wichtig, überhaupt die Möglichkeit zu bekommen, an einer Aktivität teilzunehmen. Etwas, bei dem man mit mehreren Jugendlichen aus dem Ort was machen kann, die man vielleicht auch noch nicht so gut kennt. Wie eine Art Integration.

Sarah: Lokale Jugendarbeit ist superwichtig. Es gibt in den Gemeinden nicht nur die Erwachsenen, sondern es gibt einfach auch uns Jugendliche. Genauso wie die Rentner*innen vertreten sind, sollten auch wir vertreten sein. Unsere Stimme ist genauso wichtig. Wir werden hier noch zwanzig Jahre leben. Die Rentner*innen leben hier vielleicht nur noch fünf Jahre.

Was wünscht ihr euch für die Zukunft?

Jana: Dass wir es tatsächlich noch schaffen werden, den Pavillon so zu bauen, wie wir uns das vorstellen, und die Planung mit zu Ende bringen können. Es wäre schön, wenn wir damit erreicht haben, dass sich andere Jugendliche trauen, mitzumachen und selber „ihr Ding“ zu machen. Vielleicht haben sie durch uns mitbekommen, dass sie eine Stimme haben und sie erheben können, zum Beispiel im Jugendbeirat.

Sarah: Da kann ich Jana nur zustimmen. Ich hoffe, wir konnten einen Grundstein dafür legen, dass sich Jugendliche bei uns in der Gemeinde mehr trauen. Vor ein paar Jahren wurde Nuthetal als familienfreundliche Gemeinde ausgezeichnet. Ich wünsche mir, dass unsere Gemeinde das wortwörtlich nimmt und auch mal an uns denkt. Auch, wenn wir vielleicht einen kleinen Anteil der Einwohnerschaft ausmachen und teilweise noch sehr jung sind - es gibt uns und wir sollen bedacht und gehört werden.

Das Interview führte Katrin Wolschke, JUBU-Team.

Interview

Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine wirksame Jugendbeteiligung

Gespräch mit Jana Köstel | Gemeinde Nuthetal (Brandenburg)



@ privat



Videopodcast
zum Beitrag



Jana Köstel ist Jugendkoordinatorin in der Gemeinde Nuthetal und arbeitet bei „Die Brücke“ e. V. Sie organisiert das Jugendparlament und weitere Beteiligungsprozesse.

In Nuthetal wurde zur Verbesserung der Jugendbeteiligung die Hauptsatzung angepasst. Formen der Beteiligung sind das Jugendparlament, Ideenwerkstätten, das Kinder- und Jugendbudget und andere. Beteiligung fängt dabei im Kindesalter an. Machen die Teilnehmenden hier positive Erfahrungen, kann daraus auch ein Engagement im Jugendalter entstehen. Es gibt auch Beispiele dafür, dass sich Jugendliche später im Gemeinderat engagieren oder im Bundestag arbeiten. Insofern kann auch Jugendarbeit die Voraussetzungen für ein umfangreicheres Engagement schaffen.

Seit wann bist Du in der Jugendarbeit tätig und seit wann in Nuthetal?

Seit 1998 arbeite ich in der Jugendarbeit und genauso lange in Nuthetal, als Jugendclubleiterin und Jugendkoordinatorin, angestellt bei „Die Brücke“ e. V..

Wie hat sich die Jugendbeteiligung in den letzten Jahren in Nuthetal entwickelt? Konkret: Welche Angebote sind aus welchen Gründen entstanden?

Jugendbeteiligung ist schon sehr lange ein Thema in der Jugendarbeit in Nuthetal und auch allgemein in der Gemeinde Nuthetal – in unterschiedlichster Ausprägung und auf verschiedenen Stufen.

2005 wurde das Jugendparlament als Ergebnis einer Zukunftswerkstatt gegründet, organisiert durch die neu entstandene Gemeinde Nuthetal und den Wunsch junger Menschen, sich mehr an der Entwicklung in ihrem Ort zu beteiligen und größeren Einfluss zu bekommen. Dieses Gremium besteht bis heute, natürlich immer wieder mit neuen Mitgliedern, engagierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen zwölf und 22 Jahren, die die Interessen der jungen Menschen in der Gemeinde vertreten und bei der Umsetzung von Ideen unterstützen.

Nach der Gründung des Jugendparlamentes wurde auch die Hauptsatzung der Gemeinde dahingehend geändert, dass jeweils zwei Jugendliche in allen Ausschüssen als zusätzliche beratende Einwohner*innen berufen werden können, um hier u. a. jugendrelevante Themen einzubringen.

© Die Brücke



Gemeinsam mit dem Jugendparlament konnten wir über die Jahre verschiedene Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung entwickeln und umsetzen. Es gab Befragungen zu Interessenlagen und Bedarfen junger Menschen, daraus folgende thematische oder ortsspezifische Ideenwerkstätten und eine Begleitung bei der Umsetzung ihrer eigenen Ideen (z. B. erst Jugendclub, dann später Freizeittreff Saarmund). Seit 2018 ist auch ein eigenes Kinder- und Jugendbudget vorhanden. Hier stellt das Jugendparlament jährlich Geld für die Finanzierung von Projekten oder Veranstaltungen von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung, gefördert vom Deutschen Kinderhilfswerk. Die Idee dafür wurde von Jugendlichen in der Familienkonferenz 2017, ebenfalls ein Beteiligungsinstrument, geäußert und dann gemeinsam umgesetzt. Vor einer Kinder- und Jugendjury stellen die Kinder und Jugendlichen ihre Projekte vor und können sie dann fördern lassen sowie anschließend umsetzen.

Ebenfalls in der Familienkonferenz 2017 kam der Wunsch nach mehr Plätzen für Jugendliche auf. Nach einer breiten Umfrage unter Jugendlichen wurde die Idee für einen Pavillon und eine Graffitiwand im Ortsteil Bergholz-Rehbrücke dann beim Bürgerbudget in Nuthetal 2018 eingereicht und konnte zwei Jahre später mit Unterstützung der Gemeinde unter Beteiligung der Jugendlichen umgesetzt werden. Eine Graffitiwand und Bänke für Jugendliche in Saarmund wurden nach einer Befragung und Ideenwerkstatt 2018/2019 mit Hilfe einer Förderung durch LEADER (EU-Förderprogramm für den ländlichen Raum) realisiert. Später haben sich bekanntermaßen auch Jugendliche im Ortsteil Saarmund einen Pavillon gewünscht und beim Bürgerbudget eingereicht.

Seit einem Jahr gibt es nun zusätzlich zum Jugendparlament einen Kinder- und Jugendbeirat als Beteiligungsgremium nach § 18a der Kommunalverfassung nach einem längeren Entwicklungsprozess unter Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen.

Welche Rolle spielt bei der Durchführung der Angebote der ländliche Raum bzw. wie wird auf ihn eingegangen?

Ich versuche immer auch über Netzwerke oder durch direkte Ansprache Jugendliche in den kleineren Ortsteilen zu erreichen, z. B. über die dortigen Ortsvorsteher*innen, Freiwillige Feuerwehr etc. Dies gestaltet sich aber sehr schwierig. Hier würde es mehr zeitliche bzw. personelle Ressourcen benötigen, um diese Jugendlichen regelmäßig zu treffen, miteinzubeziehen und Beziehungsarbeit zu leisten.

Es fanden allerdings schon gemeinsame Ideenwerkstätten online oder auch vor Ort, z. B. zur Spielplatzgestaltung, in kleineren Ortsteilen statt. Kinder und Jugendliche aus verschiedenen Ortsteilen beteiligen sich ebenso z. B. am Kinder- und Jugendbudget und sind Mitglied im Jugendparlament und Kinder- und Jugendbeirat.

Wie wurden bzw. werden die verschiedenen Angebote angenommen? Welche Gruppen junger Menschen wurden bzw. werden erreicht?

Die verschiedenen Angebote werden auch sehr unterschiedlich wahrgenommen. Niedrigschwellige, kurzzeitige Formen werden eher angenommen als die mit einer höheren Verbindlichkeit und höherem zeitlichem Aufwand. Es werden sowohl Kinder im Grundschulalter ab 5. Klasse bis hin zu jungen Erwachsenen in Ausbildung oder Studium erreicht. Da es in unserer Gemeinde nur zwei Grundschulen gibt und die Jugendlichen ab der 7. Klasse höhere Fahrtwege und zeitliche Belastungen haben und sich ihre Peer außerhalb der eigenen ländlichen Ortsteile trifft, ist es schwierig, eine regelmäßige Beteiligung zu erreichen.

Allerdings lässt sich aus meiner Erfahrung sagen, dass, wenn Kinder bereits positive Beteiligungs- und Selbstwirksamkeitserfahrungen in ihrem Ort erleben können, sie auch offener für Beteiligungsformate im Jugendalter sind.

Welche Möglichkeiten siehst Du nach den Erfahrungen mit JUBU, Jugendliche regelmäßig beim Bürgerbudget zu beteiligen?

Durch die Unterstützung von JUBU war es möglich, bereits ein zweites Projekt im Bürgerbudget einzureichen und auch umzusetzen. Wir haben aber auch alle gemerkt, wie viel Geduld, zeitliche Ressourcen und „Dranbleiben“ notwendig waren, um so weit – kurz vor der Umsetzung der Idee des Pavillons in Saarmund – nach zwei Jahren zu kommen. Ohne die Unterstützung von JUBU und das stetige „Dranbleiben“ erst von Tina und jetzt von Katrin wäre das nicht möglich gewesen, danke dafür!

Für eine regelmäßige Beteiligung von Jugendlichen beim Bürgerbudget wäre es wichtig, sie ebenfalls schon bei der Entwicklung von Regularien für den Bürgerbudget zu beteiligen und sich auch an ihrer Lebenswirklichkeit zu orientieren, z. B. hinsichtlich Online-Abstimmungen, Veränderungen in der Altersbegrenzung. Auch bedarf es meines Erachtens der Möglichkeit der Begleitung und Unterstützung der Jugendlichen bei dem Prozess von der Ideenfindung bis zur Umsetzung, wenn dies gewünscht wird.



Welche weiteren Entwicklungsmöglichkeiten siehst Du für eine Jugendbeteiligung und welcher Voraussetzungen bedarf es dazu?

Es gibt auch in Nuthetal trotz aller erreichten positiven Instrumente der Beteiligung noch Entwicklungsmöglichkeiten in der Kinder- und Jugendbeteiligung. Dafür werden aber zusätzliche personelle Ressourcen benötigt, um eine regelmäßige Unterstützung, Anleitung und Begleitung der engagierten jungen Menschen zu gewährleisten. Eine Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen aller Ortsteile wäre wünschenswert. Auch könnte es einige Veränderungen in den Regularien des Bürgerbudgets geben, um ebenso schon Jüngeren das Abstimmen zu ermöglichen. Im Moment ist eine Teilnahme an der Abstimmung ab 14 Jahren erlaubt. Hier sind die Kinder und Jugendlichen unter 14 Jahren noch auf die Stimmen ihrer Eltern angewiesen. Auch ist ein Umdenken auf Seiten der Erwachsenen wichtig. Jugendliche sind ein wichtiger Teil der Gemeinde und können ein immenses Potenzial für die positive Entwicklung ihres Lebensumfeldes haben, wenn man sie fördert und einbezieht, ihre Interessen erkennt, mit ihnen ins Gespräch kommt, sie ernst nimmt und ihnen auf Augenhöhe begegnet. Beteiligung nicht als separate zusätzliche Aufgabe zu sehen („Das müssen wir jetzt auch noch machen“), sondern als Querschnittsaufgabe in allen Feldern und Themen ist ein wichtiger Entwicklungsschritt. Und da müssen sich nicht nur Jugendliche und Jugendarbeiter*innen gegebenenfalls fortbilden und beraten lassen, sondern auch Lehrer*innen, Erzieher*innen, Verwaltung und Politik.

Wenn wir weiterhin gemeinsam mit jungen Menschen Möglichkeiten zur Beteiligung schaffen und erweitern wollen und sie entsprechend ihren Interessen und „Bedürfnissen“ anpassen und weiterentwickeln, wird Beteiligung auch immer Thema und Aufgabe in unserer Arbeit sein. Dafür braucht es ebenfalls immer Unterstützer*innen und eine Lobby in der Gemeinde. Diese auf- und auszubauen gehört genauso dazu wie die stetige Information junger Menschen über ihre Optionen und Rechte. Wie man so schön sagt: „Wir haben einiges erreicht, aber das ist kein Grund, sich auszuruhen.“

Das Interview führte Carsten Herzberg, JUBU-Team.

Was können Verwaltungen zur Erleichterung der Jugendbeteiligung tun?

Katrin Wolschke



Bei der Beteiligung junger Menschen bei Bürgerbudgets geht es uns ausdrücklich um eine Einbeziehung junger Menschen über einen längeren Zeitraum. Hierzu hat JUBU einen Zyklus der Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets entwickelt, bei dem es sich um Grundprinzipien der Demokratie handelt, wie „Diskussion“, „Wahlkampagne erarbeiten“, „Abstimmung“ etc. (siehe Kapitel „Demokratischer Zyklus als Handlungsrahmen“, in diesem Band). Überrascht hat uns jedoch, dass der eigentlich abschließende Schritt „Umsetzung“ einen eigenen Beteiligungsprozess erfordern kann. Das war jedenfalls in der Gemeinde Nuthetal im Ortsteil Saarmund der Fall, wo JUBU eine Gruppe junger Menschen bei der Teilnahme am dortigen Bürgerbudget begleitet hat. In diesem Beitrag möchte ich die Erfahrungen nutzen, um Vorschläge für eine bessere Beteiligung junger Menschen bei Bürgerbudgets zu formulieren. Worauf können Verwaltungen achten, um Jugendliche besser einzubeziehen? Welche Maßnahmen sind realistisch, ohne gleich den zu leistenden Aufwand erheblich zu erhöhen?

Der Jugend-Pavillon in Saarmund

Im September 2021 erreichte der Vorschlag „Platz für Jugendliche“, den eine Gruppe junger Menschen des Ortsteils Saarmund mit Unterstützung von JUBU entwickelt und eingereicht hatten, bei der Abstimmung über das örtliche Bürgerbudget mit 425 Stimmen den zweiten Platz. Die Finanzierung durch das Bürgerbudget war somit gesichert, die Umsetzung sollte 2022 erfolgen, was jedoch nicht geschah. Im Jahr 2023 kam der Prozess dann doch wieder in Bewegung. Im Herbst des gleichen Jahres soll der Treffpunkt für die Jugend schließlich errichtet werden. Was war geschehen?



Der Faktor Zeit

Die Jugendlichen aus Saarmund hatten in ihrem beim Bürgerbudget eingereichten Vorschlag explizit formuliert, dass sie sich an der Planung bzw. Umsetzung des Pavillons aktiv beteiligen möchten. Dem Wunsch wollte die Verwaltung in Nuthetal gerne nachkommen und so gab es ein erstes gemeinsames Online-Planungstreffen Anfang 2022. Als Erstes galt es, einen geeigneten Standort zu suchen. Doch aufgrund komplizierter Grundstücksverhältnisse zog sich allein diese Suche über einen Zeitraum von anderthalb Jahren. Unvorhersehbare Ereignisse wie ein Personalwechsel in der Verwaltung und Einschränkungen durch die Corona-Pandemie verlangsamten den Prozess zusätzlich.

Der Zeitfaktor spielt bei derartigen Vorhaben mit Jugendlichen eine nicht zu unterschätzende Rolle. „Aus ihrer spezifischen Kultur heraus sind Jugendliche eine schnelle Umsetzung gewohnt und kennen die langfristige Arbeit an Projekten eher nicht. Sie wollen die positive Erfahrung machen, dass ihr Engagement sich lohnt und in konkrete Projekte mündet. Aus diesen Gründen wollen sie heute etwas verändern [...]“ (ExWoSt 2018) Auch die Lebenswelten von Jugendlichen ändern sich schnell und damit einhergehend ihre Interessen. Gerade im ländlichen Raum ist außerdem davon auszugehen, dass Projektbeteiligte nach dem Schulabschluss nicht vor Ort wohnen bleiben, sondern im Rahmen von Berufsausbildung oder Studium wegziehen werden. Wie kann vor dem Hintergrund gewährleistet werden, dass Bürgerbudget-Vorschläge von Jugendlichen wie geplant im Folgejahr der Abstimmung umgesetzt werden?

Mögliche Stellschrauben

Aus den bisherigen Prozessen, die wir in Nuthetal und anderen Orten begleitet haben, können nachfolgende Schlussfolgerungen herangezogen und diskutiert werden, um Hindernisse bei der Umsetzung von Bürgerbudget-Vorschlägen mit Jugendbeteiligung zu vermeiden.

Zugänglichkeit für Rückfragen vor Vorschlagseinreichung

Für Bürgerbudget-Verantwortliche ist es eine Selbstverständlichkeit, dass sie im Vorfeld der Einreichungen für Auskünfte zu Kriterien und anderen Detailfragen zur Verfügung zu stehen. Doch ist die Hürde für junge Menschen hoch, den Kontakt mit der Verwaltung aufzunehmen. Die Vorgehensweise bei den JUBU-Formaten, die Vorschlagseinreichenden frühzeitig ins Gespräch mit der lokalen Verwaltung zu bringen, hat gezeigt, wie hilfreich dieser Austausch zur finalen Vorschlagsausarbeitung sein kann. So werden durch solche Gespräche nicht nur Partizipationschancen hinsichtlich der Umsetzbarkeit eigener Vorschläge erhöht, sondern es wird auch die aktive Vernetzung mit der kommunalen Verwaltung gefördert.

Zeitraum zwischen Einreichung und Abstimmung kurz halten

Da Jugendliche oft keine große Lobby haben, ist für sie die „Werbekampagne“ während der Abstimmung von großer Bedeutung. An dem Tag bzw. in dem Zeitraum können sie auf ihre Projektidee aufmerksam machen und gezielt Menschen ansprechen, um sie von der Förderwürdigkeit ihres Vorhabens zu überzeugen und so Stimmen zu sammeln. Liegen zwischen der Einreichungsfrist und dem Tag der Abstimmung bzw. Abstimmungszeitraum mehrere Wochen oder gar Monate, besteht das Risiko, dass sich die Jugendgruppe nicht mehr ausreichend für die nötigen Werbemaßnahmen mobilisieren kann, weil der Handlungszusammenhang durchbrochen wird. Dies haben wir insbesondere beobachtet, wenn zwischen der Einreichung der Vorschläge und Abstimmung die Sommerferien liegen. Aus diesem Grund ist eine zeitnahe Organisation der Abstimmung nach Einreichungsfrist zu empfehlen.

Projektplan für die Vorschlagsumsetzung

Bei Vorschlägen, die von der Verwaltung umgesetzt werden, wäre es sinnvoll, den Vorschlagseinreichenden die wichtigsten Etappen zu kommunizieren. Auch wäre ggf. zu klären, wie der Vorschlag im Detail umgesetzt werden soll und was dabei zu beachten ist. Diese Angaben könnten in einem kurzen Projektplan notiert werden, auf den sich alle Beteiligten, d. h. die Einreicher*innen des Vorschlags und die zuständigen Fachämter, verständigen, denn wenn ein Vorschlag schon finanziert wird, dann sollte die Realisierung natürlich den Vorstellungen der Antragstellenden weitestgehend entsprechen. Mithilfe eines Projektplans kann die Umsetzungsphase besser strukturiert und gegenüber den Vorschlagseinreichenden transparent kommuniziert werden. Dieser Projektplan kann einfach gegliedert sein und die wichtigsten Meilensteine, den Zeitrahmen sowie Verantwortlichkeiten, beinhalten. Gemeinsam können Partizipationsmöglichkeiten bei der Umsetzung erörtert werden.

Jugendliche ernst nehmen und zielgruppengerecht kommunizieren

Es klingt wie eine Selbstverständlichkeit, und nach unserer Erfahrung nehmen die Organisator*innen der Bürgerbudgets die Anliegen von Jugendlichen durchaus ernst. Dennoch kollidieren in der Praxis Selbst- und Fremdwahrnehmung diesbezüglich oft. Jugendliche werden ihre Anliegen und Argumente nicht vortragen können wie Erwachsene, sind vielleicht nicht so strategisch oder redegewandt. Außerdem sind sie mit verwaltungstechnischen Abläufen noch weniger vertraut als Erwachsene. Dies gilt es mitzudenken und ihnen Brücken zu bauen zu dem, was möglich ist. Dabei sollten eine leicht verständliche Sprache verwendet und „Verwaltungsdeutsch“ vermieden werden. Es sollte gefördert werden, dass es aus der Gruppe der Jugendlichen eine oder zwei Hauptansprechpersonen für die Verwaltung gibt. Bei Wunsch kann hier auch noch eine erwachsene Person ihres Vertrauens mit einbezogen werden.

Im Laufe der Entwicklungen gab es Anzeichen dafür, dass die Umsetzung ohne diese Begleitung leicht hätte im Sande verlaufen können. Durch fehlende Kommunikationskanäle machten sich bei den Jugendlichen teilweise eine große Frustration über die zeitliche Verzögerung und das Gefühl breit, als Jugendliche womöglich nicht ernst genommen zu werden. Auf den Treffen zwischen den Jugendlichen und Verwaltungsmitarbeitenden konnten Missverständnisse, z. B. um Verwaltungsabläufe, geklärt werden. Es gab Raum für Diskussionen bezogen auf Alternativvorschläge, die die Jugendlichen ausgearbeitet hatten und präsentierten, sowie die erfolgreiche gemeinsame Suche nach einer Lösung für den Jugendtreff.

Fazit

Der Austausch zwischen den jungen Menschen und den Mitarbeiter*innen aus der Verwaltung wurde von beiden Seiten als sehr konstruktiv wahrgenommen. Auch die Jugendlichen bekamen dabei deutlich zu spüren, dass es in der Gemeindeverwaltung ein großes Wohlwollen für ihr Anliegen gibt. Sie hatten erfahren, welche rechtlichen Vorgaben vorhanden sind und welche Handlungsmöglichkeiten der Verwaltung zur Verfügung stehen. Der Mehraufwand hat sich aus unserer Sicht gelohnt, denn durch das Bürgerbudget konnte ein Anliegen sichtbar und zur Entscheidung gebracht werden, das die jungen Menschen schon vor einigen Jahren hervorgebracht hatten. Sie haben erfahren, dass politische Prozesse mitunter Zeit brauchen, aber letztlich doch zum Erfolg geführt werden können.

Literatur

- KIJUBB - Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung des Landes Brandenburg (2021), #machtmal18a. § 18a BbgKVerf - Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Potsdam.
- ExWoSt - Forschungsprogramm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (2018), Kurzfassung der Erfahrungen und Anregungen für die Anwendung der Methode BARCAMP für Jugendbeteiligung in Kleinstädten und Gemeinden, Berlin.
- Herzberg, Carsten/Ringler, Dominik (Hg.) (2022), Hier entscheiden junge Menschen! Bürgerbudgets, Kinder- und Jugendbudgets und Schüler*innenHaushalte in Brandenburg (JUBU-Reihe Band 3), Potsdam.

Vorschläge junger Menschen zur Verbesserung von Bürgerbudgets

”

Es sollte eine Ansprechperson für Kinder und Jugendliche zur Vermittlung zwischen jungen Menschen und Verwaltung geben.

”

Einbindung von Schulen

”

Vereine können einbezogen werden

”

Werbung auf Social Media

”

Workshop für Kinder und Jugendliche

”

Online-Abstimmungen

”

Flyer und Informationsstände

”

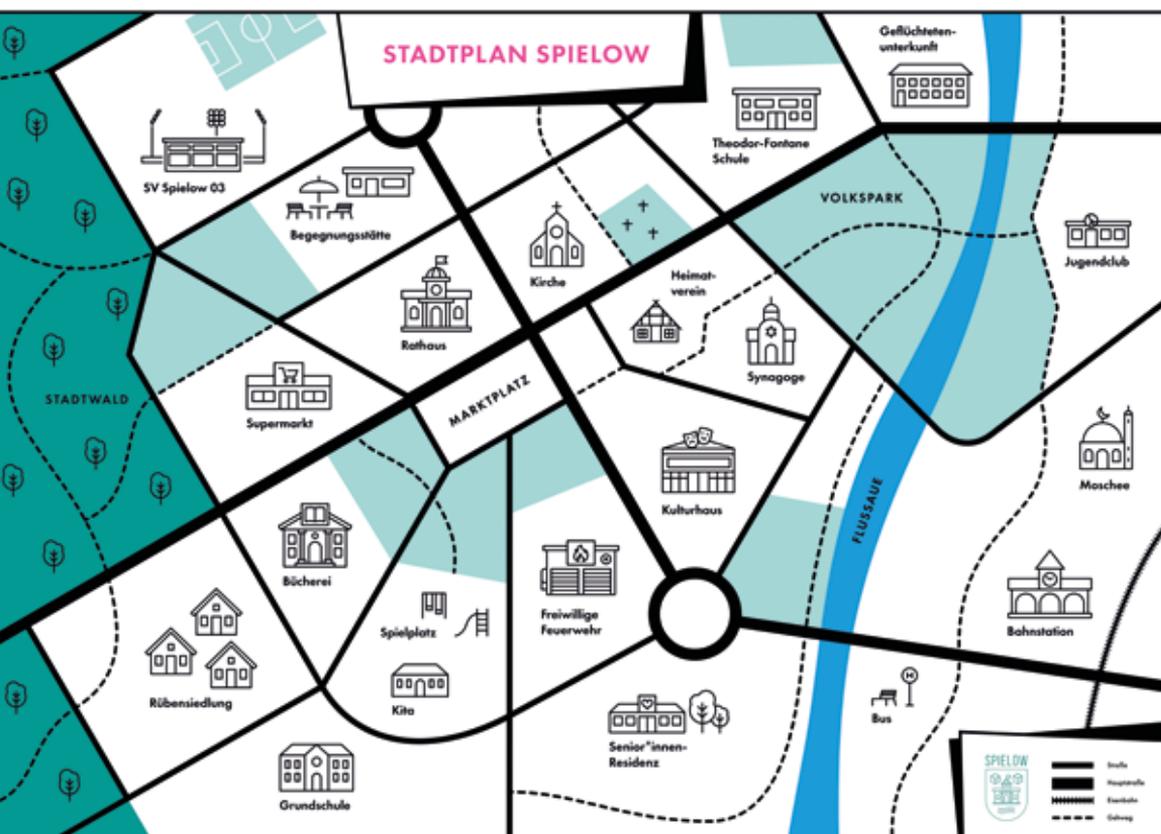
Abstimmungsberechtigung für Personen, die im Ort zur Schule gehen oder arbeiten, aber dort nicht wohnen.

Diese Vorschläge sind bei Workshops entstanden, die JUBU im Herbst 2022 zur Evaluation von Bürgerbudgets in Brandenburg durchgeführt hat.

JUBU-Spiele

Planspiel „Das Spielower Bürgerbudget“

Kinder und Jugendliche können meistens bei Bürgerbudgets mitmachen. Doch oft wissen sie nicht, wie sie sich einbringen können. Das wollen wir ändern! In der fiktiven Stadt „Spielow“ bereiten verschiedene Gruppen einen Vorschlag für das örtliche Bürgerbudget vor. Doch was muss bei der Vorschlagsentwicklung beachtet werden? Wie können die Chancen bei der Abstimmung erhöht werden? Bei dem Spiel schlüpfen die Teilnehmenden in die Rolle unterschiedlicher lokaler Akteur*innen, setzen sich mit ihren Bedürfnissen und Interessen auseinander und erleben spielerisch demokratische Aushandlungsprozesse.



Das Planspiel besteht aus zahlreichen Materialien, wie Gruppenprofilen und Auftragskarten, Stadtplan und Stadtprofil von Spielow, einem Flyer zum Spielower Bürgerbudget und Ereigniskarten. Zudem gibt es Namensanstecker für insgesamt 32 verschiedene Rollen, Stimmtaler, einen Würfel und eine ausführliche Spielanleitung für die pädagogische Fachkraft.

Das Planspiel eignet sich besonders gut:

Das Planspiel kann zum einen zur Vorbereitung einer Teilnahme am Bürgerbudget vor Ort genutzt werden. Zum anderen kann es als ein Beispiel für demokratische Beteiligung auch in Kommunen gespielt werden, wo es kein Bürgerbudget gibt. Das Spiel ist ab 15 Jahren und für Gruppen von 10 bis 32 Teilnehmenden geeignet.

Was ist ein Planspiel?

Ein Planspiel bezeichnet eine Methode zur Simulation einer realen politischen oder gesellschaftlichen Problemsituation. Kennzeichen sind:

- Realistische Praxissituation
- Aushandlungsprozess zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Strategien
- Perspektivwechsel
- Praxisorientierte Wissensvermittlung und Förderung von Softskills



RATHAUSCREW

ALTERSSPEKTRUM
25–67 Jahre

TREFFPUNKT/ARBEITSORT
Rathaus

Ihr seid Arbeitskolleg*innen in der Stadtverwaltung. Euer Arbeitsort ist das Rathaus und ihr seid alle in unterschiedlichen Bereichen tätig: Die Kämmerei kümmert sich um die Finanzen der Stadt. In der Abteilung für Stadtplanung geht es um die Entwicklung von Spielow, d. h. darum, wo Straßen gebaut werden sollen und welche Art von Bebauung dort entstehen darf. Das Servicecenter kümmert sich um allgemeine Anfragen der Bürger*innen und die Koordinationsstelle für Kinder- und Jugendinteressen sorgt dafür, dass junge Menschen in der Stadt beteiligt werden.

Ein Mal im Jahr organisiert ihr gemeinsam das Bürgerbudget. Zu Euren Aufgaben gehört es, auf Anfragen der Einwohner*innen einzugehen und sie bei der Vorschlagsentwicklung zu beraten. Ihr habt eine neutrale Position und nehmt an der Abstimmung nicht teil, da ihr sie organisiert.



GRUPPENPROFIL

MITGLIEDER



V. PIETSCH
44 Jahre



J. MERKEL
35 Jahre



A. ROSSI
51 Jahre



G. BAHLOW
29 Jahre



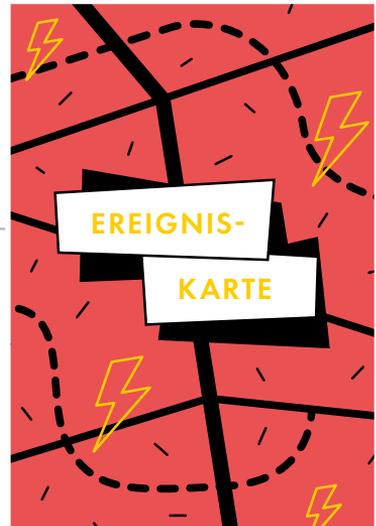
amstags liest
in Zeitung in
"Mittendrin"

Lernt arabisch
in der Freizeit

Spielt freitags
Fussball bei
„SV Spielow 03“

EINREICHUNGSFORMULAR

NAME EINER KONTAKTPERSON	ADRESSE
NAME DER GRUPPE	
WIE HEISST DER VORSCHLAG?	
WO SOLL DER VORSCHLAG UMGESETZT WERDEN?	
BESCHREIBUNG DES VORSCHLAGES IN EINFACHEN WORTEN	



EREIGNIS-KARTE

Ablauf des Spiels

Eine ausführliche Spielanleitung ist Bestandteil des Spielsets.

I. Spieleinführung & Gruppeneinteilung

II. Das Spielower Bürgerbudget

- A) Informations- & Einarbeitungsphase
- B) Entwicklung eines Bürgerbudget-Vorschlags
- C) Präsentation der Bürgerbudget- Vorschläge & Bürgerdialog
- D) Verhandlungsmöglichkeit zwischen den Gruppen und Anpassungen
- E) Abstimmung, Auszählung und Ermittlung der zu finanzierenden Vorschläge

III. Reflexion & Auswertung

Wie habt ihr das Planspiel erlebt? Was hat euch gefallen? Was hat euch gestört oder Schwierigkeiten bereitet? Warum hat es bei manchen Vorschlägen geklappt und bei anderen nicht? Was hättet ihr anders machen können, um ein besseres Ergebnis zu erzielen? Hätte die Situation in der Realität genauso ausgehen können? Über diese Fragen hinaus bietet die Reflexion die Option, den Bezug zur eigenen Lebensrealität zu thematisieren und weitere Beteiligungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Bestellung

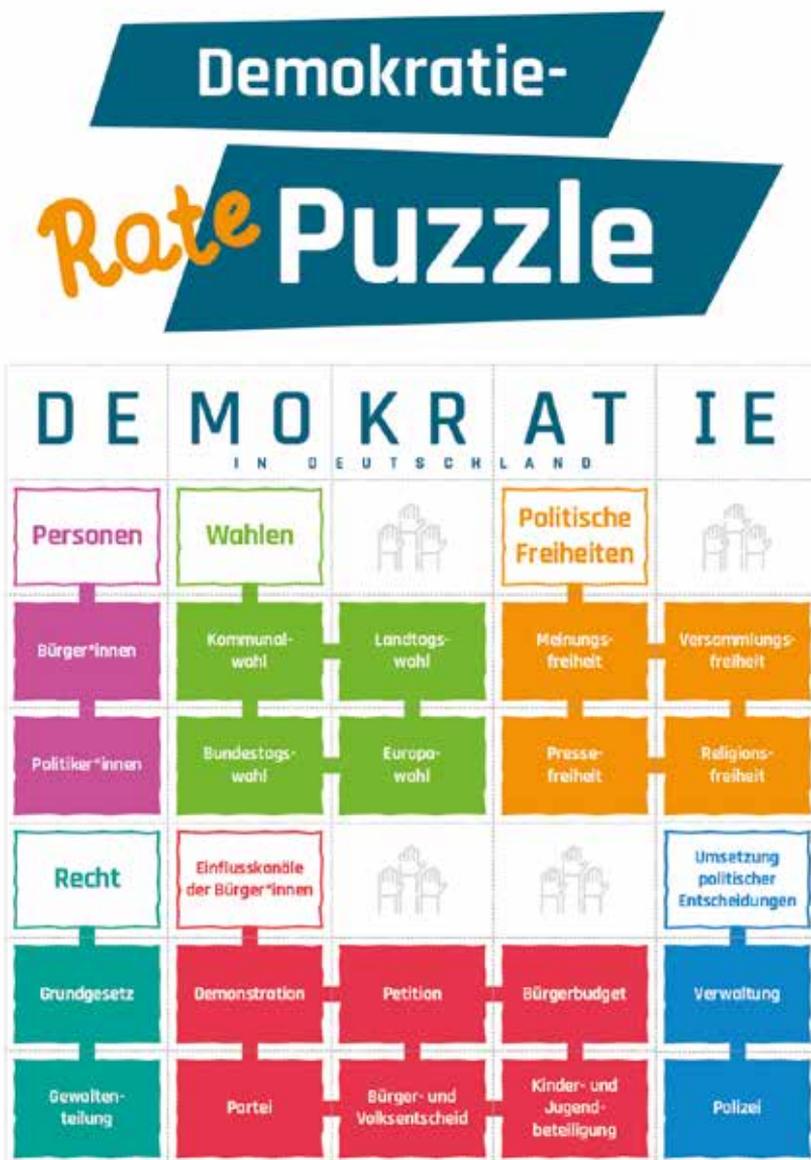
Download der Selbstdruckvariante:
<https://jugend-budget.de/spiele-und-materialien/>
Printfassung: kontakt@jugend-budget.de



Demokratie-Rate-Puzzle

Um etwas in unserer Gesellschaft bewegen zu können, sind Kenntnisse der Demokratie in Deutschland hilfreich: Welche Rechte und politischen Freiheiten besitze ich? Und wie kann ich mich konkret einbringen - sei es bei Wahlen oder mit anderen Formen der Beteiligung? Mit dem Rate-Puzzle kann dieses Wissen spielerisch zusammengetragen und als Einstieg in eine tiefere Beschäftigung mit diesem Thema diskutiert werden.

Das Rate-Puzzle, das in Kooperation mit dem Zeitgeist e. V. (www.zeitgeist-bildung.de) entwickelt wurde, besteht aus 35 Karten: 5 Karten für die Überschrift „Demokratie in Deutschland“, 6 Karten mit Oberkategorien, 20 Karten mit Begriffen und Erklärungstexten sowie 4 Joker-Karten.



Grafik: Maxim Neroda

Das Demokratie-Rate-Puzzle eignet sich besonders gut:

Dieses Spiel kann in der politischen Bildung als Einstieg für eine Beschäftigung mit dem Thema Demokratie genutzt werden. Für die Jugendarbeit haben wir die Variante „Gesprächsrunde“ entwickelt. Zudem gibt es Spielvarianten für die Schule. Das Spiel ist für 15- bis 19-Jährige mit unterschiedlichem Vorwissen und für bis zu 40 Teilnehmende geeignet.



Ablauf des Spiels

Vorbereitung der Gesprächsrunde für die Offene Jugendarbeit

Die 20 Begriffskarten werden unsortiert auf den Tischen oder auf dem Fußboden verteilt (mit dem Begriff nach oben). Die 6 Karten mit den umrahmten Oberkategorien sowie die Karten der Überschrift „Demokratie in Deutschland“ werden an die Tafel gehängt. Die Joker-Karten werden nicht benötigt.

Schritt 1

- Die Jugendlichen werden dazu eingeladen, sich die Begriffskarten wie bei einem Ausstellungsbesuch in Ruhe anzusehen, möglichst jede Person für sich.
- In einem nächsten Schritt, wenn sie alle Begriffe gesehen haben, sollen sie sich (weiterhin wandernd) einen Begriff aussuchen, der sie besonders anspricht, mit dem sie schon einmal zu tun hatten oder mit dem sie etwas verbindet. Wenn mehrere Jugendliche denselben Begriff nehmen möchten, können sie sich die Karte teilen.

Schritt 2

- Alle setzen sich in einen Stuhlkreis. Reihum erzählt jede Person, welche Berührung sie schon einmal mit dem Begriff hatte bzw. was sie mit dem Begriff verbindet. Dabei kann es zu ersten Fragen und Gesprächen oder Diskussionen kommen.
- Begriffe, die sich niemand ausgesucht hat, kann die Fachkraft ggf. gezielt ansprechen.

Schritt 3 (optional)

- Die Jugendlichen ordnen ihre (und ggf. die restlichen) Karten im Team den passenden 6 Oberkategorien zu und legen das Puzzle.
- Bei Bedarf wird in der Gruppe über die Anordnung und offene Fragen diskutiert.

© JUBU



Bestellung

Download der Selbstdruckvariante:
<https://jugend-budget.de/spiele-und-materialien/>
Printfassung: kontakt@jugend-budget.de



Dein Schätzspiel für Bürgerbudget

Bei Bürgerbudgets können die Einwohner*innen eines Ortes Vorschläge einreichen, die dem Gemeinwohl dienen. Dabei müssen oft Kostenobergrenzen beachtet werden. Dieses Spiel soll helfen, Kosten abzuschätzen. Dies kann nützlich sein, wenn es darum geht, für das eigene Bürgerbudget vor Ort einen Vorschlag einzubringen.



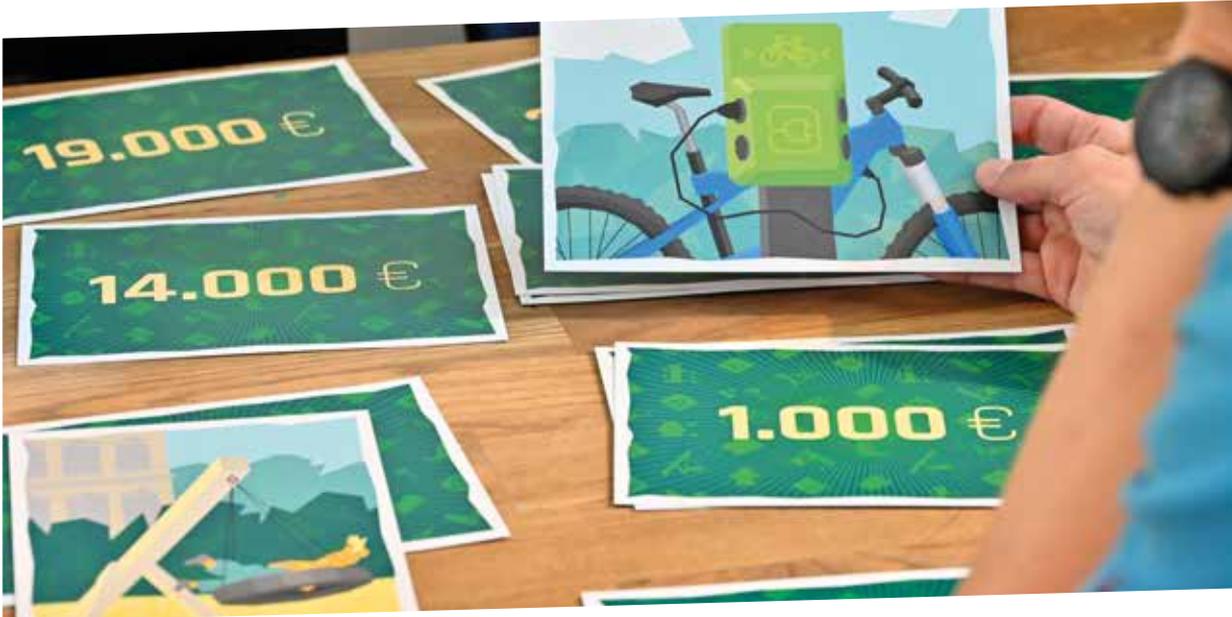
Grafik: Maxim Neroda

In diesem Spiel gibt es insgesamt 30 Spielkarten: 15 Karten zeigen Motive von Gegenständen oder Orten im öffentlichen Raum, 15 Karten die Kosten der Gegenstände. Darüber hinaus liegen eine Anleitung und ein Lösungsblatt vor.



Das Schätzspiel eignet sich besonders gut:

Das Schätzspiel kann überall dort angewendet werden, wo eine Vorstellung von Kosten entwickelt werden soll. Dies kann z. B. bei der Planung von Spielplätzen sein, bei Jugendbudgets oder eben bei einem Bürgerbudget. Das Spiel ist für eine Altersgruppe ab 14 Jahren geeignet. Es können Gruppen unterschiedlicher Größe spielen. Bei mehr als 30 Teilnehmenden können sich Spieler*innen auch eine Karte teilen.



Ablauf des Spiels

Vorbereitung

Alle 30 Karten verdeckt mischen, jede*r Spieler*in erhält eine Karte. Achtung: Bei einer ungeraden Anzahl der Spieler*innen oder sollten weniger als 30 Personen spielen, müssen Kartenpaare ggf. entfernt werden. Sollten mehr als 30 Personen spielen, können sich die Spieler*innen ggf. eine Karte teilen.

Durchführung

Zu jeder Motivkarte gehört eine Kostenkarte. Die Spieler*innen müssen sich beraten und austauschen, sich suchen und finden. Nach 15 Minuten sollten sich alle Paare entschieden haben. Nun sollen sich die Paare nach den aufsteigenden Kosten aufstellen und die Korrektheit der Schätzungen mit Hilfe des Lösungsblattes überprüfen sowie ggf. korrigieren.

Auswertung

Kommen Sie mit den Spieler*innen ins Gespräch: Welche Paare haben sich sehr schnell gefunden, welche brauchten lange? Wer lag richtig und wer falsch? Welche Kosten sind überraschend?

Bestellung

Download der Selbstdruckvariante:
<https://jugend-budget.de/spiele-und-materialien/>
Printfassung: kontakt@jugend-budget.de



Band I bis III der JUBU-Reihe



Grafik: Burkhard Felles



Grafik: Burkhard Felles

Alle JUBU-Bände zum Download:
<https://jugend-budget.de/jubu-buchreihe/>
Zur Bestellung der Printfassung:
kontakt@jugend-budget.de

Kein Material mehr verpassen?
Folgen Sie uns

-  @jubu.mitmachen
-  @JUBUmitMachen
-  @jubu_mitmachen



Grafik: Burkhard Felles



In der Gemeinde Nuthetal haben junge Menschen beim Bürgerbudget einen Pavillon für die Jugend als Vorschlag eingereicht. Das Vorhaben wurde bei einer Ideenwerkstatt weiterentwickelt. Die anschließende Werbekampagne hatte Erfolg: Am „Tag der Entscheidung“ kam ihr Vorschlag bei der Abstimmung auf den zweiten Platz und erhielt eine Finanzierung aus dem Bürgerbudget.

Das Projekt JUBU vom mitMachen e.V. hat die jungen Menschen begleitet und aus ihrer Erfahrung das Format „Vorschlags-Expedition“ für die Jugend-Demokratiearbeit entwickelt. In Brandenburg leben mittlerweile über 40 Prozent der Menschen in einer Kommune mit einem Bürgerbudget. Oft wissen jedoch Jugendliche nichts von dieser Beteiligungsmöglichkeit. Dies möchten wir ändern!

Dieser Band enthält neben der Vorstellung des JUBU-Formats verschiedene Fachbeiträge und Interviews zum Thema politische Jugendbeteiligung in ländlichen Räumen aus Wissenschaft und Praxis sowie Anleitungen für Spiele zum Thema Demokratie.

Dieser Band ist auch online erhältlich:
www.jugend-budget.de/jubu-buchreihe/

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



9 783982 268682

 **Robert Bosch
Stiftung**

 Landespräventionsrat
Brandenburg

 **Potsdam**
Landeshauptstadt
Potsdam